



Produktion auf dem Gebiete der sächsischen Rechts-  
pflege stellt sich der gegenwärtig zur Verhandlung in  
Dresden stehende Monstreprozess gegen die Theil-  
nehmer an der diesjährigen Maifeier. Wurden schon  
in den Vorjahren alle öffentlichen Um- und Aufzüge  
zur Maifeier regelmäßig auf Grund des § 12 des  
Vereinsgesetzes verboten, so hatte sich diesmal die  
Dresdener Polizeibehörde ein besonderes staatsretter-  
isches Vorgehen vorbehalten, indem sie bekannt gab,  
daß unter Auf- und Umzügen auch die zwangslose Fort-  
bewegung einer größeren Personenzahl zu verstehen sei,  
und sie dies verhindern werde. So wurden denn eine  
große Zahl von Teilnehmern an der Maifeier, die  
zwanglos dem Festplage sich zubewegte, sistirt und  
unter Anklage gestellt, da nach § 13 des Vereins-  
gesetzes alle öffentlichen Auf- und Umzüge der vor-  
gängigen Genehmigung der Straßenpolizeibehörde be-  
dürfen. Was auch für ein Mühslein dem freikindlichen  
Verge entspringen wird, — der sächsischen Rechts-  
pflege wird es jedenfalls zu neuer Berühmtheit ver-  
helfen. Sozialistische Familienväter mit zahlreicher  
Familie, die des Sonntags ihre Butterbretchen im  
Freien verzehren wollen, laufen demnächst Gefahr, von  
Gensdarmen sistirt zu werden, wenn sie zu ihren  
Spaziergängen nicht vorher die polizeiliche Genehmigung  
einholen.

Um Versammlungen zu verhindern, haben sich  
neuerdings verschiedene Manipulationen herausgebildet,  
indem die Ortspolizeibehörden mancher Orte sich für  
Entgegennahme von Versammlungsanmeldungen und  
zur Ausstellung diesbezüglicher Bescheinigungen nicht  
für zuständig erklärten und die Einberufer an die  
Amtshauptmannschaft beziehungsweise Kreisauptmann-  
schaft verwiesen, welche dieselben wieder an die Orts-  
polizeibehörden, die sie doch für kompetent erklärten,  
zurückschickten. Der auf diese Weise entstandene Zeit-  
verlust reichte oft hin, die 24stündige gesetzliche An-  
meldefrist vor Beginn der Versammlung zu beein-  
trächtigen und so die Versammlung zur gedachten Zeit  
unmöglich zu machen. Weiterhin ist ein neuerliches  
Verfahren, das seine gerichtliche Bestätigung gefunden  
hat, von allgemeinem Interesse. Es war bisher stets  
üblich und unbeanstandet geblieben, eine einberufene  
Versammlung eine halbe Stunde früher zu in-  
ferieren, als der Beginn nach behördlicher Anmeldung  
festgesetzt war, um dadurch den aus dem verspäteten  
Besuch der Teilnehmer sich ergebenden Unannehmlich-  
keiten der Verzögerung des Beginns zu entgegen-  
zuwirken. Dieses blieb jedoch die Zeit der Angabe der be-  
hördlichen Anmeldung. Da das Vereinsgesetz eine  
Bestimmung der Zeit nicht enthält, innerhalb der vom  
Zeitpunkt des angemeldeten Beginns ab eine Ver-  
sammlung eröffnet werden muß, so ist diese Regelung  
dem Ermessen der Behörden überlassen. In neuester  
Zeit haben einige Behörden Anlaß gefunden, hiergegen  
einzuschreiten, und wurde der Einberufer wegen falscher  
behördlicher Anzeige mit einem Strafmandat beglückt.  
Die gerichtliche Entscheidung rechtfertigte dieses Vor-  
gehen, indem die nach § 2 vorgeschriebene Anzeige der  
Versammlung der Behörde die wahre Kenntnis über  
Beginn und Charakter der Versammlung verschaffen  
soll, und durch die frühere Infizierung des Beginns  
es ihr unmöglich gemacht werde, von ihrem Ueber-  
wachungsrechte schon bei Zusammentritt der Ver-  
sammlung genügenden Gebrauch zu machen. Wiederum  
eine neue Möglichkeit, Versammlungen zu erschweren.  
Unbekannt dürfte die Handhabung der §§ 24 und 25  
des Vereinsgesetzes sein, wonach Vereine, deren Zweck  
sich auf öffentliche Angelegenheiten bezieht, nur dann  
mit gleichzeitigen Vereinen in Verbindung treten oder  
Zweigvereine bilden dürfen, wenn sie das Recht der  
Körperschaft erlangt haben und obiges Recht ihnen  
vom Ministerium ausdrücklich gewährt wurde. Vereine,  
welche gegen diese Bestimmung handeln, sind verboten.

Hierdurch werden hauptsächlich die gewerkschaftlichen  
Gewerkschaften getroffen und deren Zahlstellen un-  
möglich gemacht. So wurden in letztem Jahre fast  
sämtliche Zahlstellen des bisher gebildeten Legiti-  
mationsverbandes aufgelöst, und auch anderen Ver-  
bänden ist es nicht möglich, Stellen in Sachsen zu  
errichten. Sogar eine Anzahl von Gewerkschaften-  
versammlungen wurden verboten, weil dieselben als  
Hauptstütze verbotener Betriebsvereine zu betrachten  
seien. Die wenig sich aber die Arbeiter bewegen in  
ihren heimischen Kreisen heranzubilden lassen,  
zeigt das hochverehrte Betriebsvereinsgesetz und  
das trotzdem in Sachsen häufig blühende Gewerkschafts-  
leben, die gewerkschaftlichen Vereine und die Lohn-  
bewegungen der letzten Jahre. Bisher ist noch jeder  
Schlag der Behörden und der Sogart parirt worden  
und auch in Zukunft werden Mittel und Wege zu  
finden sein, denartige Versammlungen in ihrer Wirkung  
unmöglich zu machen.

### Hie Gold, hie Silber, oder der Kampf um die Währungsfrage.

Volkswirtschaftliche Blaundersen von Brutus.

#### III.

Vor ungefähr einem Jahre (anfangs Juni 1893)  
erschien eine Schrift des bekannten freisinnigen Parla-  
mentariers Ludwig Bamberger mit dem Titel: „Die  
Stichworte der Silberleute.“ Bamberger ist in Deutsch-  
land einer der eifrigsten Vorkämpfer der Goldwährung,  
wie er ja auch den Freihandel Jahrzehnte hindurch  
gepredigt hat, und in seiner neuesten Schrift sucht er  
die Gründe der Silberleute zu widerlegen. Er ver-  
tritt dabei die Interessen des Börsenkapitals und be-  
kämpft diejenigen der Agrarier und ihrer modernen  
Schilbknappen, der Antisemiten. Er widerlegt alles  
Mögliche, geht aber meines Erachtens auf den Kern-  
punkt der Sache im Wesentlichen garnicht ein. Ohne  
uns mit Kleinigkeiten aufzuhalten, wollen wir im  
heutigen Artikel die Kerngründe der Bimetallisten be-  
trachten, wobei immer und immer wieder zu betonen  
ist, daß wir von unserem (Arbeiter-)Standpunkte aus  
die Sache vorläufig am Unparteilichsten beurtheilen  
können, da wir weder für die Börsenleute und Indu-  
striellen, noch für die Junker und Agrarier die Kastanien  
aus dem Feuer zu holen geneigt sind. Das moderne  
Proletariat wird über beide Ausbeutergruppen  
bimalteinst zur Tagesordnung übergehen und damit  
auch die Währungsfrage endgültig lösen.

Außer den Einwendungen, die wir selbst im vorigen  
Artikel gegen die Gründe der „Goldleute“ vorbrachten,  
woburd wir fast in den Geruch eines verkappten  
Bimetallisten geriethen, der wir garnicht sind, führen  
die „Silberleute“ hauptsächlich folgende Gründe in's  
Feld.

Erstens! Durch das Verbot der freien Silber-  
prägung und die Einführung der Goldwährung ist  
das Silbergeld entwerthet worden, spielt also nur noch  
die Rolle eines Kreditgeldes, und noch dazu eines  
ungebedekten Kreditgeldes. Ein Thaler, den mir der  
Staat in die Hand giebt, ein Fünfmärktstück usw.,  
alle diese Silbermünzen sind in Wirklichkeit nur noch  
ungefähr die Hälfte werth. Nehme ich eine solche  
Münze für voll an, so schenke ich dem Staate einen  
Kredit, wofür ich gar keine Deckung in Händen habe.  
Unter normalen Verhältnissen ist dies auch nicht all-  
zuschlimm, im Falle von großen Krisen, in Kriegs-  
oder Revolutionsfällen, z. B. würde dieser ungesunde  
Zustand möglicherweise einen Staatsbankrott im Ge-  
folge haben. Deswegen, so sagen die „Silberleute“,  
muß der Staat in seinem eigenen Interesse die Doppel-  
währung einführen und zwar, so lange es noch Zeit  
ist, umsomehr, da zur Einführung der Goldwährung  
eigentlich gar kein Grund vorhanden war. Unsere  
Leser werden es verstehen, daß die heutigen Staats-  
männer durch dieses fortwährende Unglücksgeträub  
stutzig geworden sind (vergl. die Einberufung der  
Berliner Silberkommission), und kann es jedoch gleich-  
gültig sein, ob dieser Unglücksfall eintreten wird resp.  
wie sich die Staatsretter aus der Patzche ziehen werden.  
Der Arbeiterstand hat wirklich keine Veranlassung, dem  
heutigen Staat hülfreich unter die Arme zu greifen  
oder ihm gar glühende Kohlen aufs Haupt zu sammeln.

Wichtiger ist der zweite Punkt! Es ist eine be-  
kannte Thatsache, daß das Grundeigenthum immer mehr  
überschuldet wird. Die „nothleidenden“ Agrarier sitzen  
thatsächlich böse in der Patzche. Sie haben sich ge-  
nötigt gesehen, neue Hypotheken aufzunehmen und  
ihren Besitz immer mehr zu belasten. Durch eigene  
Schuld und ohne eigene Schuld. Die Anforderungen,  
die eine heutige Gutbesitzerfamilie an's Leben stellt,  
sind rapide gestiegen, das weiß jedes Kind. Die Alten  
trinken Sekt und wohnen im Winter in Berlin oder  
reisen nach Italien, die Töchter genießen eine theure  
Erziehung und sollen hochnobel ausgesteuert werden,  
die Söhne werden Bienenmäntel, verpulvern ihr Geld  
für Pferderennen, Hunde und Ballettessen und —  
beim „ollen, christlichen Seemann“. Alles dieses kostet  
Geld, und die Folge davon sind neue Hypotheken.  
Auch sind auf einem Gute Reparaturen (Verbesserungen)  
vorzunehmen, neue Maschinen anzuschaffen, bessere  
Zuchtmaschinen an Pferden, Schafen, Rindern und  
Schweinen einzuführen usw. — wieder ein Grund zur  
Annahme einer neuen Hypothek. (Ebenso, wenn das  
Gut beim Todesfall vererbt wird, muß meistens eine  
Hypothek aufgenommen werden, zwecks Auszahlung  
der Erbschaft der übrigen Geschwister.) Diese Hypo-  
theken sollen verzinst, theilweise auch amortisirt werden.  
Nehmen wir den Fall an, auf einem Gute ruht eine  
Hypothek von Mk. 100 000 zu 5 pZt. Zinsen und  
Amortisation (Abzahlung) innerhalb 20 Jahren, so  
erfordert das einen Rothpunkt von jährlich Mk. 10 000.  
Das Geld muß selbstverständlich in Gold gezahlt werden.

Bei Einführung der Doppelwährung würde diese  
Zahlung auch in Silber angängig sein. Welchen  
Vorthheil hätte der Hypothekschuldnere in diesem Falle,  
und welchen Nachtheil der Hypothekgläubiger? Wäre  
das Verhältnis von Gold zu Silber bei der Hypothek-  
aufnahme 1:15 1/2, bei der Einführung der Doppel-  
währung jedoch 1:31, d. h. das Silber wäre um die  
Hälfte im Werthe gefallen, so würde dies Folgen des  
besagen. Der Schuldner hat Mk. 100 000 (in Gold)  
erhalten und bezahlt jetzt nicht mehr wie früher für  
Zinsen und Amortisation Mk. 10 000, sondern nur  
noch Mk. 5 000, verdient also per Jahr Mk. 5 000 oder  
mit anderen Worten, seine Hypothek beträgt nur noch  
Mk. 50 000. Der Vorthheil für den Hypothekschuldnere  
springt in die Augen, nicht minder der Nachtheil für  
den Gläubiger, ist es da zu verwundern, daß die  
Interessen des mobilen Kapitals dem des immobilien  
Kapitals wie Feuer dem Wasser entgegenstehen? Daher  
der Kampf im Ausbeuterlager, ein Kampf, dem das  
Proletariat lächelnd zuschauen kann und der an die  
Fabel von den beiden Löwen erinnert, die selbander  
in den Wald gingen und sich gegenseitig bis auf die  
Wedel aufraßen. Leider paßt der Schluß der Fabel  
nicht, wenigstens vorläufig noch nicht.

Drittens. Da das Silber so furchtbar entwerthet,  
das Gold dagegen in demselben Maße, trotz der  
steigenden Goldproduktion, im Werthe gestiegen ist, so  
ist eine allgemeine Goldknappheit eingetreten. Da  
Gold nun das alleinige Zahlungsmittel, wenigstens  
bei größeren Zahlungen ist, so können wir statt Gold-  
knappheit einfach Geldknappheit sagen. Die National-  
ökonomie lehrt uns, daß jede Steigerung des Geld-  
werthes ein Fallen der Waarenpreise bedingt,  
d. h. Geldwerth und Waarenpreise stehen in einem  
umgekehrten Verhältnisse. Je knapper das Geld, desto  
billiger die Waare. Bevor wir diesen Grundsatz  
näher betrachten, wollen wir noch eine Zwischen-  
bemerkung einschalten.

Jeder unserer Leser weiß, daß das Verhältnis von  
Produzenten und Konsumenten sich auf dem Waaren-  
marke als ein Verhältnis zwischen Verkäufer und  
Käufer darstellt. Der Produzent kommt mit seiner  
Waare an den Markt und will verkaufen, W: G, oder  
anders ausgedrückt, er will Waare in Geld ver-  
wandeln. Er braucht nämlich Geld, ein Großgrund-  
besitzer z. B. muß sein Getreide verkaufen, denn er  
braucht Geld für Zinsen, Steuern, Arbeitslöhne,  
Maschinen usw. Der Konsument dagegen kommt mit  
seinem Gelde an den Markt und will kaufen,  
G: W, d. h. Geld in Waare verwandeln. Welcher  
Unterschied ist zwischen ihnen? Der Geldbesitzer  
kann kaufen, wenn er will, der Waarenbesitzer  
kann nicht verkaufen, wenn er will, sondern  
erst dann, wenn sich ihm ein Käufer naht, der  
Kauflust hat. Der Verkäufer ist also im Nach-  
theil gegen den Käufer. Auf dem Arbeitsmarke  
äußert sich dies in der ungünstigen Stellung des  
Arbeiters, welcher seine Waare Arbeitskraft ver-  
kaufen muß, gegenüber dem Kapitalisten, welcher  
Arbeitskraft kaufen kann, wenn er will. Je knapper  
nun das G. ist, desto billiger muß der Verkäufer  
seine Waare verkaufen, denn er braucht Geld, desto  
niedriger also die Preise. Versuchen wir diesen Vor-  
gang nationalökonomisch zu erklären.

Marx sagt, der Werth einer Waare wird bestimmt  
durch die in sie hineingesteckte Arbeitskraft, gemessen  
an der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. An-  
genommen, ein Scheffel Weizen enthalte 20 Stunden  
gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit und jede Stunde  
dieser Arbeitszeit gelte Mk. 1, so haben wir folgendes  
Schema:

1 Scheffel Weizen = 20 Stunden = Mk. 20, oder,  
was dasselbe besagt, 1 Scheffel Weizen kostet Mk. 20,  
denn ein Zwanzigmärktstück enthält ebenfalls 20 Stunden  
gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit. Steigt nun  
beispielsweise infolge von Geldknappheit das Zwanzig-  
märktstück um das Doppelte, d. h. es enthält  
jetzt 40 Stunden gesellschaftlich notwendiger Arbeits-  
zeit, in dieser Zeit können jedoch 2 Scheffel Weizen  
produzirt werden, so haben wir folgendes Schema:

Mk. 20 = 40 Stunden = 2 Scheffel Weizen, oder  
mit anderen Worten: Für Mk. 20 kann ich jetzt  
2 Scheffel Weizen kaufen, 1 Scheffel Weizen kostet also  
nur noch Mk. 10, er ist also im Preise um die Hälfte  
gesunken. Durch Einführung der Goldwährung sind  
also, unter sonst gleichen Produktionsverhält-  
nissen natürlich, die Waarenpreise gesunken. Nehmen  
wir ferner noch folgendes Beispiel:

1 (goldenes) Zwanzigmärktstück = 20 Stunden =  
1 Scheffel Weizen.  
4 (silberne) Fünfmärktstücke (im Verhältnis 1:15 1/2)  
= 20 Stunden = 1 Scheffel Weizen,  
d. h. früher konnte ich für 4 Fünfmärktstücke ebensoviel  
Weizen kaufen, wie für 1 Zwanzigmärktstück. Ist das

Verhältniß zwischen Gold und Silber jedoch jetzt 1:31 oder anders ausgedrückt: ist das Silber im Werthe um die Hälfte gesunken, so bekommen wir folgendes Schema:

1 Zwanzigmarsstück = 20 Stunden = 1 Scheffel Weizen,

4 Fünfmarsstücke (im Verhältniß 1:31) = 10 Stunden = 1/2 Scheffel Weizen,

d. h. für 4 Fünfmarsstücke kann ich jetzt nur 1/2 Scheffel Weizen kaufen. 1 Scheffel Weizen kostet jetzt Mk. 40 oder anders ausgedrückt, wird die Silber- (resp. Doppel-) Währung auf der Basis von 1:31 gesetzlich eingeführt, so steigen die Getreidepreise, unter sonst gleichen Umständen, um das Doppelte. Hieraus erhebt jedes Kind, weshalb die Agrarier für Einführung der Doppelwährung kämpfen.

Es ist bekannt, daß die deutsche „nothleidende“ Landwirtschaft behauptet, bei den augenblicklichen Getreidepreisen würden die Produktionskosten nicht gedeckt, 1000 kg Weizen, die ein Landwirth für, sagen wir, Mk. 130 verkauft, haben mehr als Mk. 130 ihm selbst gelostet. Die Landwirtschaft gehe also dem Ruin entgegen. Und da der Stand der Bauern, einschließlich der Großgrundbesitzer, das eigentlich staats-erhaltende Element bilde, was sich durch die konservativen ländlichen Wahlstimmen und die Aushebungsziffer der Militärpflichtigen ganz deutlich zeige, so habe der Staat in seinem ureigensten Interesse die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, den Bauernstand zu erhalten und zu stärken. Da die Liebesgaben und Schutzgölle nicht genügenden Erfolg erzielt haben, da noch immer viel zu viel fremdes Getreide ins Land ströme, so müsse der Staat andere Mittel anwenden, um die Getreidepreise in die Höhe zu bringen. Die Vorschläge hierzu, welche von Seiten des Bundes der Landwirthe gemacht worden, sind theilweise utopistisch-lächerlicher Natur, z. B. Verstaatlichung des Getreidehandels, staatliche Festsetzung eines Mindestpreises für Getreide, Erlaubniß der Grundbesitzer, ihre Abgaben in Getreide zu entrichten, Abwehr- oder Kampfzölle ufm., das radikalste Mittel wäre jedoch Einführung der Doppelwährung. Theure Preise! ist also das Feldgeschrei der Agrarier, billige Lebensmittelpreise! jedoch die Parole der industriellen Kapitalisten, denn billige Lebensmittelpreise bedeuten für diese niedrige Arbeitslöhne, und infolgedessen erleichterte Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Hierin stehen sich also ländliches Kapital und industrielles Kapital feindlich gegenüber und bekämpfen sich wie die oben erwähnten Löwen der Fabel. Und wieder ist es der Arbeiterstand, welcher diesem Kampfe lächelnd zuschaut.

Wie aus unseren heutigen Ausführungen hervorgeht, würden die Herren Agrarier durch Einführung der Doppelwährung zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, ihre Hypothekenzinsen und andere Abgaben würden niedriger werden, die Einnahmen dagegen höher, beides Erfolge, welche wohl werth sind, daß „die Edelsten der Nation“ ihretwegen Schweißtropfen vergießen. Im folgenden (Schluß-)Artikel werden wir uns mit der Stellung beschäftigen, welche der Arbeiterstand als solcher in der Währungsfrage einzunehmen hat.

Der Anarchismus, seine Theorien und Geschichte.\*)

Unter den Volkbewegungen dieses Jahrhunderts scheint von Zeit zu Zeit die anarchische eine größere Bedeutung zu erlangen; periodenweise steht sie im Vordergrund der politischen Erörterungen, um dann wieder ebenso plötzlich fast völlig zu verschwinden. Dauernd dagegen war und ist ihr Einfluß auf die Arbeiterbewegung und zwar ein dauernd schädigender, nicht nur, weil die Verwirklichung ihrer Theorien die Befreiung der Arbeiterklasse zur Unmöglichkeit machen würde, nicht nur, weil dieselben die Arbeiter von dem Wege ablenkt, auf dem allein sie ihr Ziel erreichen können: der wohldisziplinierten Organisation, sondern weil die Art und Weise, in der die Anarchisten ihre Anschauungen verbreiten wollen, den Feinden des Arbeiterwohls die beste Möglichkeit giebt, mit allen Mitteln der Gewalt, der List und des Betruges die Volksmassen noch mehr niederzudrücken. Bei der großen Rolle, welche der Anarchismus jetzt wieder als Hemmnis der Arbeiterbewegung spielt, ist es notwendig, nicht nur seine Grundzüge, sondern besonders seine Geschichte eingehend zu erörtern, um dieses Gesehe von gutberziger Thorheit und nichtswürdiger Schurkerei recht klarzulegen.

Theoretisch begründet wurde der Anarchismus in der Mitte dieses Jahrhunderts; als phantastische Vorstellung spukt er seit den ältesten Zeiten in den Köpfen der Menschheit. Gegenüber dem Zwang, den der politische wie wirtschaftliche Druck auf die Massen übt, die nicht Hammer, sondern Amboss sind, sucht, regte sich als Gegenströmung der Wunsch, durchaus frei, unabhängig, von keiner Kette irgendwelcher Art gelöst, leben zu können. Das Recht des Einzelnen, des Individuums, soll zur Geltung kommen, keine Herrschaft, sondern nur die Herrschaftlosigkeit, die Anarchie, hier den Willen die Möglichkeit, glücklich zu leben. Möge die Herrschaft ausgeübt werden von einer Person, einem Monarchen, oder von der

Mehrheit der Bevölkerung, wie in der Republik, oder von dem Ansehen, der Achtung, Autorität, die eine Person oder ein Gesetz genießt. — Jede dieser „Bergewaltigungen“ des Individuums wird vom Anarchismus bekämpft.

Recht ist, sagt er, was jeder Einzelne für Recht hält; es gebe kein Bündniß irgend welcher Art, das länger zu bestehen brauche, als die vertragschließenden Theile es wollen. Auch keine Verpflichtung zur Arbeit soll bestehen, kein Zwang gegen Denjenigen geltend gemacht werden können, der nicht arbeiten will. So wie der Despot sagt: Des Herrschers Wille ist das höchste Gesetz, so sagt der Anarchist: Jeder soll seinen Willen als allein maßgebend betrachten können. Bei Weiden ist das Individuum der Tyrann, der auf die Anderen nur soweit Rücksicht nimmt, als er nehmen muß, wenn er nicht zu Grunde gehen will. Es erscheint geradezu selbstverständlich, daß diese Ungebundenheit zu dem wahnsinnigsten Kriege Aller gegen Alle führen muß, der an Rücksichtslosigkeit bei Weitem den Zustand übertrifft, der heute herrscht, wo zwar nicht Alle, sondern nur die besitzende Klasse ihren Willen als höchstes Gesetz zum Ausdruck bringen kann. Rein, sagen die Anarchisten, dieser Kampf ist nur möglich, so lange nicht alle Menschen frei sind, sondern irgend einer Herrschaft unterworfen; beseitigen wir nur erst die letztere, das Andere wird sich finden und Jeder ohne Zwang das Rechte thun.

Die Beseitigung der Herrschaft einer Regierung oder eines Gesetzes oder einer Autorität soll also bewirken, daß die Menschen sofort zu Tugendengeln werden, die ohne irgendwelchen Zwang das Rechte thun — ein Traum, der an die Phantastien der Offenbarung Johannis erinnert, welche ja auch annimmt, daß mit dem Augenblick, da das tausendjährige Reich beginnt und Jesus wieder auf Erden erscheint, nicht nur die Menschen frei von jeder bösen Leidenschaft sein werden, sondern sich sogar die Bestien in zahme Hausthiere verwandeln. Diese mythische Wahnvorstellung liegt auch der anarchischen Theorie im Allgemeinen zu Grunde; im Einzelnen macht sich das „Recht des Individuums“, sich nur um seinen Willen zu kümmern, auch darin geltend, daß es fast so viele anarchische Theorien giebt, als denkende Anarchisten, und nicht wenige derselben haben nicht eine Theorie, sondern mehrere.

Schon der Vater des modernen Anarchismus, Proudhon,\*) liefert zahlreiche Beispiele für den Wirrwarr, der auf dem Gebiete des theoretischen Anarchismus vorhanden ist. Das Wort „Anarchie“ wurde zuerst von ihm als Bezeichnung eines zu erfindenden Gesellschaftszustandes gebraucht und zwar in seiner 1840 herausgegebenen Schrift: Qu'est ce que la propriété („Was ist das Eigentum? oder: Untersuchungen über die Grundlage des Rechts und der Regierung.“) Proudhon beantwortete diese Frage mit der Erklärung: „Das Eigentum ist der Diebstahl.“

Schon 1780, also 60 Jahre vor Proudhon, hatte Brissot, der eifrigste Vorkämpfer der französischen Revolution, in seinen „Philosophischen Untersuchungen über Eigentum und Diebstahl“ das ausschließliche Eigentum einen Diebstahl genannt, den Besitz „das wahre, das heilige Eigentum“ und den auf das Bedürfnis gegründeten Diebstahl als gerechtfertigt erklärt. Proudhon sagt, der Eigentümer ist in den Stand gesetzt, und zwar durch sein Eigentum, das seine Mitwirkung bei der Produktion unentbehrlich macht, sich einen Theil des vom Arbeiter geschaffenen Produkts ohne Äquivalent anzueignen. „Er erntet, wiewohl er nicht säet, er verzehrt, wiewohl er nicht produziert; er genießt, wiewohl er nicht arbeitet.“ Das Eigentum gebe Veranlassung zum Diebstahl, der Eigentümer werde zum Dieb und — „Eigentum ist Diebstahl“. Nur durch die Anarchie könne dies anders werden. Jede bisherige staatliche Ordnung habe nur dazu gedient, den ungerechten Zustand zu erhalten, daß der dem Arbeiter gezahlte Lohn nicht einen eben so hohen Werth besitze wie die geleistete Arbeit, mühsam ein für den Arbeiter ungleicher Tausch stattfinde. Als frei und gerecht könne aber nur derjenige Tausch bezeichnet werden, bei dem die austauschenden Werthe gleich sind. Sind sie es nicht, so wird der Tausch nie ein freiwilliger sein, sondern ein unfreiwilliger, durch die Herrschaft, die Regierung erzwungener. Wühin müsse diese beseitigt werden, Jeder seinen eigenen Neigungen folgen können, Jeder arbeiten, was, wann, soviel ihm beliebt. Dieser Zustand sei nur bei Abwesenheit jeder souveränen Gewalt zu erreichen, auch einer solchen, bei der die Mehrheit der Bürger die Regierung bilde. Nichts soll über den Menschen herrschen als seine eigene Vernunft oder sein eigenes Gefühl, das „Prinzip des Mutualismus“.

Zu der 1864 erschienenen Abhandlung Proudhon's „Ueber die politische Mündigkeit der Arbeiterklasse“ heißt es: „Das französische Wort mutual, das gleichbedeutend ist mit Gegenseitigkeit, kommt vom lateinischen mutuum, welches (Vertrags-) Darlehen, und in einem weiteren Sinne Tausch bedeutet. Man weiß, daß beim Vertragsdarlehen der geliehene Gegenstand vom Entleihenden konsumirt wird, der nur ein Gleichwertiges, sei es derselben Art, sei es unter irgend einer anderen Form zurückgibt. Angenommen, daß der Darleiher seinerseits Entlehrender wird, so hat man ein gegenseitiges Darlehen und infolgedessen einen Tausch.“

Dienst um Dienst, Produkt um Produkt, Darlehen um Darlehen, Versicherung für Versicherung, Kredit für Kredit, Bürgschaft für Bürgschaft, Sicherheit für Sicherheit usw. Das ist das Gesetz; es ist eine Art umgekehrter Anwendung des antiken Vergeltungsrechtes: Auge um Auge, Zahn um Zahn, Leben um Leben, keine Uebernagung aus dem Kriminalrecht und der rohen Praxis der Blutrache auf das ökonomische Recht,

\*) Pierre Joseph Proudhon, am 15. Juli 1809 zu Besançon als Sohn eines armen Handwerkers geboren, wurde Schriftsteller und bildete sich durch Selbstunterricht weiter. Die Akademie zu Besançon gab ihm 1837 für eine Schrift: „Versuch einer allgemeinen Grammatik“, einen jährlichen Geldzuschuß, den sie ihm 1840 entzog, als er die Schrift: „Was ist das Eigentum?“ (Besançon, 1840, deutsch in Bern 1844) herausgab. Inzwischen hatte Proudhon in Besançon eine Druckerei begründet. Unter den zahlreichen Schriften, die Proudhon noch herausgab, ist die wichtigste: „System der wirtschaftlichen Widersprüche, oder: Die Philosophie des Elends“ (Paris, 1846), welche Karl Marx 1847 mit einer vernichtenden Kritik: „Das Elend der Philosophie“, beantwortete. 1848 wurde Proudhon Abgeordneter, gründete 1849 eine Volksbank mit jählichem Kredit auf Gegenseitigkeit, wurde 1850, noch ehe dieses Institut in's Leben treten konnte, wegen Preisvergehen zu drei Jahren Gefängniß verurtheilt, floh, kehrte bald wieder zurück, wurde ebenfalls verurtheilt, floh nach Belgien, kehrte 1860 als Abgeordneter nach Paris zurück und starb am 19. Januar 1865 in Paris.

die Werke der Arbeit und die guten Leistungen der freien Brüderlichkeit. Aus diesem ergeben sich alle Institutionen des Mutualismus: gegenseitige Versicherungen, gegenseitiger Kredit, gegenseitige Unterstüßungen, gegenseitiger Unterricht, sowie gegenseitige Verbürgung des Abjages, des Tausches, der guten Beschaffenheit und des gerechten Preises der Waaren usw. Das ist es, woraus der Mutualismus, mit Hilfe gewisser Institutionen ein Staatsprinzip, ein Staatsgesetz, ein Staatsreligion, eine Staatsreligion machen will, deren Praxis den Bürgern so leicht wird, wie sie ihnen vortheilhaft ist, die weder Polizei, noch Unterdrückung, noch Zwang erheischt und in keinem Fall für irgend Jemand eine Ursache der Täuschung und des Antus werden kann.“

Wie aber soll dieser Zustand erreicht werden? Zwei Dinge sind dazu notwendig. „Erstens, daß die arbeitende Gesellschaft zu jenem Grade industrieller und ökonomischer Moralität (Sittlichkeit) gelange, daß sich Alle der ihnen zugesprochenen Gerechtigkeit unterwerfen, ohne Rücksicht auf die Ansprüche der Eitelkeit und der Persönlichkeit, auf Titel, Rang, Stellung, Ehrenauszeichnung, Verühmtheit, mit einem Wort den Meinungs-werth. Nur die Nützlichkeit des Produkts, seine Beschaffenheit, die Arbeit und die Kosten, die es erfordert, dürfen hier in Rechnung kommen.“ Zweitens muß die Arbeiterdemokratie die Frage in die Hand nehmen. „Spreche sie sich aus, und der Staat, das Organ der Gesellschaft, wird unter dem Druck ihrer Meinung handeln müssen. Wenn die Arbeiterdemokratie, zufrieden damit, in den Werkstätten zu agieren, die Bourgeois anzugreifen, und sich in nutzlosen Wahlen aufzuspielen, zu den Prinzipien der politischen Dekonomie, welche diejenigen der Revolution sind, sich gleichgültig verhält, so möge sie wissen, daß sie ihre Pflichten verlegt und eines Tages vor der Nachkommenschaft gebrandmarkt werden wird.“

Man sieht, in welcher vollkommenen Widersprüche sich der „Vater des Anarchismus“ bewegt. Erst fordert er Beseitigung jeder Regierung, Herrschaftslosigkeit, dann erklärt er, daß der Staat, das Organ der Gesellschaft, unter dem Druck der anarchischen Arbeiter deren Willen vollziehen soll.

Solche Widersprüche sind bei Proudhon nichts Seltenes. „Proudhon“, so urtheilt H. G. (reulich) im „Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, herausgegeben von Dr. Rudw. Richter, I, 1879, S. 6, Jülich, Verlag von F. Körber, „besaß eine wahre Manie, das, was er in einem Buche mit allem Aufwande einer blendenden Rhetorik aufstellte und begründete, im nächsten Buche mit demselben Aufwande wieder zu verneinen und an seine Stelle etwas Anderes zu setzen. Und Proudhon hat viele Bücher geschrieben, kein Wunder, daß er solche Verwirrung anrichtete.“ Proudhon fordert außerdem, daß die arbeitende Gesellschaft zu wahrhaften Tugendengeln werde, indem sich alle freiwillig der Gerechtigkeit unterwerfen. Und dem „sozialen Willen und der Macht der Kollektivität“ (Gesamtheit) schreibt Proudhon noch die wichtigste Aufgabe zu: „die Werthung der Arbeiten“ d. h. die Höhe des Normallohnes zu bestimmen. Als Mittel, das erstrebte Ziel zu erreichen, betrachtet er die Propaganda, die Ausbreitung der Ansichten, die schließlich friedlich oder gewaltjam zum Ziele führen werde. Dabei ist er aber ein Gegner der Koalition der Arbeiter und der Streiks; er behauptet: „Die Erhöhung der Löhne und die Verkürzung der Arbeitszeit führen nur zur allgemeinen Theuerung.“ Ja, Proudhon macht den Arbeitern Vorwürfe, daß sie durch ihre Forderungen die Mittelklasse vernichten. „Diese Mittelklasse, in deren Schooß die besser betraute Arbeiterdemokratie vor einem Jahre ganz aufgehoben zu wollen erklärte“, schreibt er am Schluß seines Buches über „Die politische Befähigung der Arbeiterklasse“, „scheint man nicht von allen Seiten mit einer Art Fanatismus daran zu arbeiten, sie zu vernichten, sie zur Lohnarbeiterstellung herabzubringen? Jeden Tag reißt der Bankrott große Wunden in die Reihen der Kleinbürger, und was noch unerträglicher ist, ihr Nothstand dauert fort, das Leben von der Hand in den Mund, ihr geheimes Elend bezimert sie. Die Arbeiter haben nur ihre eigenen Leiden gesehen, sie ahnen nichts von den qualenden Sorgen des Bourgeois.“ Der „Erzkleinbürger“, wie er leidet und lebt, nur daß er seine Kleinbürgerlichen Ideale mit der Phrase der „Revolution“ verbrämt.

Karl Marx schrieb 1865 über Proudhon an die Redaktion des „Sozialdemokrat“: „Während meines Aufenthaltes in Paris, 1844, trat ich zu Proudhon in persönliche Beziehung. — Während langer, oft übermäßig langer Debatten insizirte ich ihn zu seinem großen Schaden mit Hegelianismus, den er doch bei seiner Unkenntniß der deutschen Sprache nicht ordentlich studiren konnte. Was ich begann, setzte nach meiner Ausweisung aus Paris Herr Karl Grün fort. Der hatte als Lehrer der deutschen Philosophie noch den Vorzug vor mir, daß er selbst nichts davon verstand. — Kurz vor Erscheinen seines zweiten bedeutenden Werkes: „Philosophie de la misere etc.“ (Philosophie des Elends usw.) kündigte mir Proudhon dieses selbst in einem sehr ausführlichen Brief an, worin u. A. die Worte unterliefen: „J'attends votre fénelis critique“ (Ich erwarte Ihre strenge Kritik). Indeß fiel diese bald in einer Weise auf ihn, die unserer Freundschaft für immer ein Ende machte.“ Diese Kritik ist die Schrift: „Das Elend der Philosophie“, Antwort auf Proudhon's „Philosophie des Elends“ von Karl Marx, (I. Aufl., franz., Brüssel, 1847; 2. deutsche Auflage mit Vorwort und Notizen von Friedrich Engels, Stuttgart, 1892, J. F. W. Dieß). In dieser Schrift widerlegt Marx auch die thörichten Anschauungen Proudhon's über Streiks und Arbeiterkoalitionen, deren Naturnothwendigkeit Marx deutlich erklärt. „Die Großindustrie bringt eine Menge einander unbekannte Leute an einem Orte zusammen. Die Konkurrenz lockt sie in ihren Interessen; aber die Aufrechterhaltung des Lohnes, dieses gemeinsamen Interesse gegenüber ihrem Meister, vereinigt sie in einem gemeinsamen Gedanken des Widerstandes — Koalition. So hat die Koalition stets einen doppelten Zweck, den die Konkurrenz der Arbeiter unter sich auszuheben, um den Kapitalisten eine allgemeine Konkurrenz machen zu können. Wenn der erste Zweck des Widerstandes nur die Aufrechterhaltung der Löhne war, so formiren sich die anfangs isolirten Koalitionen in dem Maße, als die Kapitalisten ihrerseits sich behufs der Reorganisation vereinigen, zu Gruppen, und gegenüber dem stets vereinigten Kapital wird die Aufrechterhaltung der Nothwendigkeiten notwendiger für sie als die des Lohnes.“

Sein Urtheil über Proudhon laßt Marx (a. a. O.) dahin zusammenfassen: „Er will als Mann der Wissenschaft über Bourgeois und Proletariats schweben, er ist nur der Kleinbürger, der ständig zwischen dem Kapital und der Arbeit, zwischen der politischen Dekonomie und dem Romantismus hin- und hergeworfen wird.“ Trotzdem gab die erste Schrift Proudhon's:

\*) Aus Heft 5 des vom Genossen E. Bunn, Mitglied des Reichstages, herausgegebenen, im Verlage von Wörlein & Co., Nürnberg, erscheinenden Bolks-Zeitung (alle 14 Tage ein Heft à 8 Bogen, Preis des Heftes 20 H.), welches wir dankbar gern zur Anschaffung bestens empfehlen.

„Was ist das Eigentum?“, wie Marx 1867 in dem Briefe an den „Sozialdemokrat“ schrieb: „einen großen Anstoß bei ihrem ersten Erscheinen. In einer streng wissenschaftlichen Geschichte der politischen Ökonomie wäre die Schrift kaum erwähnenswert. Aber solche Sensationschriften spielen in der Wissenschaft ebenso gut ihre Rolle wie in der Romanliteratur.“ (Fortsetzung folgt.)

**Nervosität.**

Die alljährlich übliche Stützungsfeier der Universität Heidelberg gab dem derzeitigen Prorektor und berühmten Nervenarzt Professor Wilhelm Erb, Gelegenheit zu einer geistvollen Rede über das Auftreten der funktionellen Neurosen in der Gegenwart; den Kern der Rede bildete eine Untersuchung, ob die Zunahme der „Nervosität“ ein charakteristisches Zeichen des neunzehnten Jahrhunderts sei. Da das Nervensystem die Grundlage der gesamten Lebensfähigkeit darstellt, so ist es natürlich, daß alle Ereignisse des Lebens es berühren müssen, und es konnte nicht ausbleiben, daß die großen Umwälzungen im politischen und wirtschaftlichen, im sozialen und religiösen Leben, im wissenschaftlichen und künstlerischen Streben einen starken Einfluß auf das Gemüths- und Geistesleben der Menschen üben mußten. Ob in früheren, durch ähnliche Kulturumwälzungen ausgezeichneten Perioden sich auch eine ähnliche Nervosität geltend machte, ist schwer zu beweisen, da erst in diesem Jahrhundert eine genauere wissenschaftliche Untersuchung dieser Krankheit Platz gegriffen hat.

Die intensivsten und verbreitetsten Gruppen der Nervosität sind die Hysterie, welche auch unter den männlichen Individuen im zunehmenden Maße vorkommt, die Hypochondrie und vor allem die Neurasthenie. Eine organische oder anatomische Veränderung des Nervensystems ist bei diesen Krankheitszuständen nicht nachweisbar, sie stellen eine Abnormität dar, bei den beiden ersten Formen eine solche des Gemüthslebens, bei der Neurasthenie eine solche der Hirnarbeit. Die Neurasthenie, mit der sich Professor Erb eingehend beschäftigte, stellt er als eine besonders den gebildeten Klassen anhaftende Krankheit dar, entsprungen einer Ueberanstrengung bei geistiger Arbeit. Mit der Entwicklung der Kultur in unserem Jahrhundert sind auch die Bedürfnisse der Menschen außergewöhnlich gestiegen und der Kampf um's Dasein erfordert die äußerste Entfaltung der Kräfte. So tritt eine Ueberbürdung des Geistes schon in der Mittelschule ein und wird noch gesteigert durch die Lehrmethode einer mehr philosophisch, als pädagogisch gebildeten Lehrerschaft; dabei ist die zum Austragen des Geistes und zur Entwicklung der körperlichen Gesundheit nötige Zeit viel zu kurz bemessen. Die Jugend wird frühzeitig schon den Genüssen des gesellschaftlichen Lebens zugeführt, und diese bekommen immer mehr den Charakter einer Ueberreizung des Nervensystems. Die Dichtkunst ist krassem Materialismus verfallen, die Kunst ist überlaut geworden, selbst die Malerei kehrt nicht davor zurück, die häßlichsten Seiten des Menschenseins nach und nach vor Augen zu führen. Die Beschäftigung mit der Wissenschaft ist anstrengend geworden, durch deren Verzweigung in Spezialitäten

Der Handelstreibe und Judentum ist den wechselvollsten Erregungen und Erschütterungen ausgesetzt. In den Aufregungen des Berufs kommen noch die Hast des Lebens, die Raschheit, besonders des Reisens, hinzu, und vor allem sind die weitesten Schichten der Bevölkerung erfaßt von politischen, sozialen, religiösen Kämpfen, welche sich, wie das übertriebene Berufsleben, bis in die kleinsten Gemeindegemeinschaften fortziehen. Alle diese Aufregungen müssen verlegend auf den menschlichen Geist wirken, und da unter verschiedenen Umständen so übermäßig an diesen „psychischen Kräften“ ist, so rückt es keinem Zweifel, daß die Zunahme der Neurasthenie eine Folge des modernen Lebens ist, wenn auch die Notwendigkeit einer von den Eltern ererbten Disposition, die sogenannte hereditäre Belastung, zum Zustandekommen der Neurasthenie nicht geleugnet werden kann. Trotz alledem glaubt Prof. Erb nicht, daß der Mensch ansonsten, zur Lebensweise unserer Gesellschaft zurückkehren; er sieht auch nicht so schwarz in die Zukunft, als es eine Niederung unserer Ration zu befechtigen sei.

Die Judentumbekehrung erscheint ihm durch ihre Arbeitsam und Lebensweise, sowie durch politische Aufregungen ebenfalls vor der Nervosität erfaßt, dagegen sieht er in der ländlichen Bevölkerung und dem Mittelstande den Boden, von dem aus der heilige Geist immer wieder neue Kraft zu gesenken werden mag. Vor allem aber ist es nötig, daß eine bessere Hygiene des Nervensystems sich entwickle, welche in erster Linie die Erziehung der Jugend ins Auge faßt. Nicht nur die Schulkinder, auch die Lehrkräfte und die Lehrer selbst müssen den körperlichen Bedürfnissen entsprechen. Die Fürsorge des Staates sollte sich nicht auf die industriellen Arbeiter beschränken, sondern auch den Hausarbeitern gesunde Räume und geringere Arbeitszeit, sowie regelmäßige Ruhepausen sichern. Ueberhaupt ist vor allem darauf zu sehen, daß die geistige Arbeit mit den nötigen Erholungsstunden abwechselte und die Entwicklung und Ausbildung des Körpers nicht vernachlässigt werde. Endlich ist auch die Anspannungsfähigkeit des Nervensystems so groß, daß schließlich die Kräfte des modernen Lebens an Schädlichkeit einbüßen müssen.

**Sozialpolitische Studien.**

Der Sozialismus in der Armee erfüllt unsere heutzutage Zeit sehr mit Sorgen und sie suchen nach Mitteln, um diese zu beheben. Deshalb organisiert man ein volles Soldaten-System, um die Sozialisten unter den Soldaten besser zu lenken und wohl — sie danach einer besonderen Behandlung zu unterwerfen, die wohl kaum Ausfluß besonderen Wohlwollens sein wird. Der „Sozialist“ bringt für diese Sozialisten-Aufklärung ein neues Beweismittel, welches lautet:

- Königlicher Landrat, Berlin, den 17. Mai 1894.
- Bestenfalls.**
- Höheren Orts ist angeordnet worden, daß von den für den Militärdienst ausgeschriebenen Mannschaften diejenigen bei Gelegenheit der Aufhebung vornehmlich nachzusehen werden sollen:
1. welche eine gewisse Führerrolle innerhalb der sozialdemokratischen Partei angenommen haben, oder
  2. wenigstens als selbstbewußte Vertreter ihrer Lehren gelten, oder
  3. deren Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie nach ihrer Haltung als gewöhnlich erwiehler angenommen werden muß — unter Annahme dieser drei Kategorien;
  4. welche als Kräfte gelten.
- Kam — Kam — welche ich empfehle, wie die zu der

diesjährigen Aushebung heranzuziehenden Mannschaften der gedachten Art aus dem dortigen Orte spätestens bis zum 6. Juni d. J. vertraulich mittheilen zu wollen.

Auch wollen mir die Herren Bürgermeister, Guts- und Gemeindevorsteher die Namen der vorbezeichneten Art, deren Zugehörigkeit zu einer der Parteien A und B erst nach Beendigung des Ober-Erbschaftes zur Kenntnis gelangt ist, noch nachträglich und spätestens zum 1. November benennen.

Der Erstattung von Festanzeigen bedarf es in beiden Fällen nicht.

Ich mache es Euer — Titel — ausdrücklich zur Pflicht, daß alle in dieser Beziehung stattfindenden Ermittlungen und Angaben schnell und mit größter Sorgfalt ausgeführt werden, über die Sache selbst aber unbedingt das Amtsgeheimnis gewahrt wird.

Der Landrath, Waldow.

An die Herren Bürgermeister, Gemeinde-, Guts- und Vorsteher des Kreises.

M 10038.

Und was wird diese Schaulust nützen: Die als Sozialisten oder gar als Anarchisten gebrandmarkten Vaterlandsverteidiger werden während ihrer Dienstzeit nicht sonderlich angenehme Stunden haben. Unter ihnen werden nicht Wenige sein, die in Wirklichkeit noch gar keine Sozialisten sind, die aber amtlicher Ueberreifer und Ungeschick dazu stampeln, denn man kennt ja die in jenen Kreisen vorhandene Neigung, Jeden, der nun einmal für sein gutes Recht energisch eintritt oder sich sonst bei den Behörden unliebsam macht, als Sozialdemokraten zu beschreiben. Was Jene aber noch nicht sind, das werden sie wohl durch das größere Maß von Liebeshörigkeit in der Behandlung, die man ihnen angedeihen läßt, werden. Gegen den Sozialismus und sein Fortwachsen ist einmal kein Kraut gewachsen. Damit müssen sich alle Kreise abfinden, auch die militärischen.

Dresden, 2. Juli. Das neuerdings in Sachsen, namentlich in Dresden und Umgegend beliebte Vorgehen gegen die Sozialdemokraten übertrumpft zum Theil diejenigen Maßnahmen, die seinerzeit unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes zur Anwendung kamen. Natürlich tragen alle derartigen Gewaltmaßregeln nur dazu bei, die Sozialdemokraten unter sich zu festigen und ihre Erbitterung gegen die bestehende „Ordnung“ zu steigern. Davon scheint man in maßgebenden Kreisen ebensowenig eine Ahnung zu haben, wie von der anderen Thatsache, daß gerade durch eine solche Bekämpfung der Sozialdemokratie deren Anhängerzahl um Laubende vermehrt wird. Während sich nach Bismarck's Verabschiedung die Ueberzeugung Bahn brach, daß das Sozialistengesetz der Sozialdemokratie nur genügt habe, sucht man in Sachsen den Ausnahmezustand durch allerlei neue Polizeiverordnungen, die gewisse harmlose Ereignisse „nach Befinden“, d. h. wenn Sozialdemokraten betheiltigt sind, unter Strafe stellen, wieder einzuführen. Dazu kommen verschiedene neue Gesetzesbestimmungen und die Ausgrabung alter Polizeiverordnungen, die zum Theil bis in das vorige Jahrhundert zurückreichen, aber auch heute noch wohl geeignet erscheinen, das unter Strafe zu stellen, was anderwärts im Reiche zumeist nicht strafbar ist. So hat man bekanntlich in Sachsen seit einigen Jahren alle öffentlichen Geldsammlungen, auch die für Parteizwecke, von einer besonderen polizeilichen Genehmigung abhängig gemacht, die allen Parteien, nur den Sozialdemokraten nicht, erteilt wurde. Ferner hat man den Verkauf von Broschüren und Zeitungen in Versammlungen aus „verfehrtpolizeilichen Gründen“ untersagt. Das Singen und Vortragen sozialistischer Lieder, Gedichte u. hat man als „aroben Unzucht“ ebenso unter Strafe gestellt, wie das unangehörige Vertheilen von Wahlflugblättern und die Herausgabe von Massenpaziergängen, welche letztere man in Dresden und Umgegend „nach Befinden“ als verbotene Umzüge ansieht, während es im übrigen Sachsen auch ohne eine derartige Polizeiverordnung abgeht. Verboten ist es ferner in Dresden und allen Nachbarorten, den sogenannten Notthüren der 42 Gemeindevorstände aus hiesiger Umgebung zum Gegenstande einer öffentlichen Besprechung zu machen, selbst die Vorlesung des topographischen Berichtes über die Landtagsprüfung, in welcher jene Petition erörtert wurde, ist „wegen dringender Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit“ verboten worden. Der Boykott wird als „grober Unzucht“ bestraft, aber der Militärboykott und die Ausrüstung schwarzer Hüte seitens der Arbeitgeber sowie mancherlei andere Maßnahmen derselben, welche auf eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter hinauslaufen, bleiben unbeanstandet. Die „Sächs. Arbeiterzeitung“, die angeführt der neuesten Ereignisse in Sachsen an alle diese Thatsachen erinnert, hat jedenfalls nicht Unrecht, wenn sie erklärt, daß alle derartigen Maßregeln ebenso wie seinerzeit das Sozialistengesetz nur dazu beitragen können, die Sozialdemokratie in sich zu festigen und ihr zahlreiche neue Anhänger zuzuführen.

Aus Sachsen, 3. Juli. Die ganze Sozialdemokratie und deren Partisorganisation ist ein politischer Verein, der den Bedingungen des Vereinsgesetzes Genüge zu leisten hat, so lautet bekanntlich vor mehreren Wochen die Entscheidung der Polizeidirektion zu Chemnitz, die den beseitigen in öffentlicher Versammlung gewählter Vertrauensmann der Sozialdemokraten, Franzer, außerdem, eine Mitgliederliste einzureichen, seinen Verein anzumelden und die Satzungen vorzulegen. Demgegenüber erklärte der Vertrauensmann, daß ein Verein nicht existiere und daher auch die Einreichung einer Mitgliederliste ganz unmöglich sei. Trotz alledem wiederholte die Behörde ihre Forderung unter Androhung einer größeren Geldstrafe, die im Reizungsfall erhoben werden sollte, worauf nunmehr Beschwerde bei der Kreisoberamtsbehörde zu Juidan eingelegt wurde. Diese Behörde hat jedoch in allen Punkten das Vorgehen der Chemnitzer Polizeidirektion bestätigt. Eine inzwischen in Chemnitz einberufene Parteiversammlung, die sich mit dieser Angelegenheit befaßte und über weitere Schritte berathen sollte, wurde auf Grund des Vereinsgesetzes verboten und der gemessene Vertrauensmann wird daher nunmehr die Entscheidung des Ministeriums des Innern erwarten.

Die Arbeiter in Sachsen haben in jeder Beziehung etwas voranz. Der Arbeiterverein in Leipzig, welcher im Juli zu Tschischida einen Fall abhielt, hatte die Ehre, unter Oberaufsicht des Gemeindevorstandes und von Gewerksamen, welche mit Doppelhänden hantirten waren, gemacht zu werden. Schon nachmittags wurde der Eingang zum Garten überwacht; Niemand, der den Garten betrat, brante sich den scharfen Blicken

der Hüter der Ordnung entziehen. Gegen Abend ließ der Gemeindevorstand auch noch den Gemeindevorstand antreten. Ein in Aussicht genommener Festzug der Kinder unter Vorantritt der Musik wurde selbstverständlich von der Amtshauptmannschaft nicht erlaubt. Für die Fintzen gab es nichts zu thun.

**Ueber eine Wohlfahrts-Einrichtung für Arbeiter**

wird aus Lübeck geschrieben:

Die Hanseatische Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalt macht sich sehr verdient um die Bekämpfung des schlimmsten Feindes, den das körperliche Wohl des Arbeiterstandes hat, der Lungenschwindsucht, die nirgends so verheerend als in den Arbeiterkreisen wirkt. Wir berichteten unlängst von der Absicht der hier domicilirten Anstalt, im Harz ein großes Sanatorium für brustkranke Arbeiter des hanseatischen Verwaltungsbezirks zu errichten. Nunmehr hat die Anstalt allen Krankenkassen ihres Bezirks bestimmte Vorschläge zum gemeinsamen Vorgehen gemacht und erfreulicherweise begegnet diese Vorschläge sowohl bei den freien Hilfskassen als auch bei den Orts- und Betriebskassen großer Sympathie.

Auch unsere vollste Sympathie hat diese Einrichtung, für deren allgemeine Durchführung wir schon vor Jahren eingetreten sind. Aber es genügt uns nicht, daß die Lungenschwindsucht als schlimmster Feind des körperlichen Wohles der Arbeiter anerkannt wird. Diese furchtbare Krankheit, welche Ärger als irgend eine Epidemie wüthet, ist die Folge des unerhörten kapitalistischen Ausbeutungssystems. Ueberarbeitung, Hunger, Elend aller Art in Verbindung mit Unwissenheit und Ungültigkeit sind die wirtschaftlich-sozialen Faktoren, welche die Krankheit verursachen und zu entsetzlicher Ausbreitung bringen. Nicht mit Unrecht nennt man sie die Proletariatskrankheit. Es genügt nicht, den von ihr Befallenen die Wohlthat entsprechender Pflege zu gewähren. So wie der Arbeiter aus dem Sanatorium entlassen wird, tritt er wieder ein in den Kreis all jener Krankheitsursachen. Ungleich wichtiger noch ist, diese Ursachen energisch zu bekämpfen und zu beseitigen, der Arbeiterklasse ein wirklich menschenwürdiges Dasein unter gebührender Berücksichtigung aller Bedingungen körperlichen und geistigen Wohles zu verschaffen. Wer das will, der hat die Sozialdemokratie in ihren Bestrebungen zu unterstützen.

Arbeiterverstoß. Im verflohenen Jahre sind bei der Knappschafts-Berufsgenossenschaft Bochum 74 Schlagweiter bezw. Kohlenstaub-Explosionen vorgekommen und 45 Beiden davon betroffen worden. 103 Personen sind dadurch getödtet und 137 schwer verletzt. An 16 453 Personen sind 2 544 134 Mark für Renten, Abfindungen, Verpflegungs- und Beerdigungskosten gezahlt worden. Seit dem Inkrafttreten des Unfallversicherungsgesetzes sind an Unfall-Entschädigungen M. 10 579 550 ausgezahlt.

Die Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer wird wieder einmal durch eine Schandthat treffend charakterisirt, die der „Konfektionär“, ein Organ der Textilindustriellen, zum Ausdruck bringt. In einer Betrachtung über den Geschäftsgang im sächsischen Vogtlande sagt das genannte Unternehmerblatt: „Es hat sich seit 14 Tagen eine große Stille im Spitzen-Geschäfte bemerkbar gemacht und die Folge davon ist, daß die Löhne zurückgegangen sind und die Maschinen ohne Beschäftigung sind. Die Fabrikanten sind froh, daß es nun auch wieder so kommt, denn die Arbeiter wußten bei dem guten Geschäftsgange nicht mehr, welche Ansprüche sie stellen sollten und sind nun wenigstens bescheiden geworden und schon zufrieden, wenn es zu ganz niedrigem Lohn überhaupt Arbeit giebt.“

Der Bursche, der diese unverschämten Sätze geschrieben hat, soll sich doch einmal den ganzen Winter hindurch von 6 Uhr früh bis 9 oder 10 Uhr Abends in schlechter Luft bei anstrengender Arbeit plagen, ob er dann noch so frivol schreiben würde, daß es den Arbeitern recht sei, wenn sie jetzt bei niedrigen Löhnen froh wären, überhaupt Arbeit zu bekommen? Glaubt der Mann vielleicht, daß sich die Arbeiter aus Liebe zu den Fabrikanten schinden, oder thun sie das für sich? Oder haben sich vielleicht die Herren Fabrikanten in diesem Winter umsonst geplagt? Die Fabrikanten sind froh, ja, sie haben im Winter soviel verdient, daß die Löhne der Sticker dagegen wahre Bettelpfennige sind; sie sind froh, daß sie jetzt mit Ruhe sich in einem Bade- oder Sommeraufenthalt amüsiren können; die anspruchsvollen Sticker und Arbeitsmädchen, von deren Arbeitsvertrage jetzt die Herren in Sans und Brans leben, können inzwischen hungern.“ — Die zynische Offenheit der Sprache des Fabrikantenorgans läßt an Deutlichkeit Nichts zu wünschen übrig. Die vogtländischen Arbeiter werden sie verstehen und darnach zu handeln wissen.

Der Patriotismus unserer herrschenden Kreise bekommt sofort ein Loch, sobald der Geldbeutel in Betracht kommt. Das zeigt sich wieder einmal recht deutlich bei dem Bau des Nord-Ostsee-Kanals. Zum größten Theil werden nur fremde Arbeiter, Russen, Polen und Italiener beschäftigt; nicht etwa deshalb, weil sie bessere oder ebenso gute Arbeiter sind als die Deutschen — denn dann hätten wir dagegen selbstverständlich nicht das Geringste einzuwenden —, sondern weil sie billiger und anspruchsloser sind als Deutsche, weil sie eine schlechtere Lebenshaltung als diese haben und sich mehr gefallen lassen. Deshalb der internationale Drang des Unternehmertums und die Verleugnung des „nationalen Prinzips“. Das ist der „Schutz der nationalen Arbeit“, soweit die deutschen Arbeiter dabei in Betracht kommen.

Der nationalliberale Landesverein in Sachsen hat beim Ministerium des Innern eine Petition eingereicht, welche eine Abänderung des sächsischen Vereinsgesetzes von 1850 befürwortet und darin gipfelt: 1. das Verbot, daß politische Vereine sich nicht mit anderen derartigen Vereinen in Verbindung setzen dürfen, zu beseitigen, 2. die Theilnahme an politischen Versammlungen Wahlunmündigen, zum Mindesten aber Unmündigen zu verbieten. Der ersignannte Wunsch, der im vorliegenden Falle allerdings nur den einseitigsten Parteistimmen der sogenannten „Ordnungsparteien“ entspringt, ist ein wohlberechtigter, der allerdings nur den Zustimmung finden dürfte. Dagegen würde die Erfüllung des zweiten Antrages einen gewaltigen Schritt rückwärts bedeuten. Daß die Nationalliberalen es sind, die einen solchen Krebsgang befürworten, ist für die liberale Gefinnung des sächsischen Nationalliberalismus sehr kennzeichnend.

Entbehrungslohn. Die Aktien-Gesellschaft für Knappschafts-Industrie, Loischwitz bei Dresden, welche im Jahre 1893 mit einem Aktienkapital von M. 800 000 gegründet wurde,

welches 1890 auf M. 1 200 000 erhöht wurde, hat jährlich 20 Prozent Dividende an die hungerleidenden Aktionäre vertheilt. Außerdem wurden noch ganz ansehnliche Abschreibungen vorgenommen, wovon u. A. das Patentkonto von M. 496 780 getilgt wurde. Wie bescheiden sind doch diese Nichtstuer dem begehrliehen Arbeiter gegenüber.

Immer „herrlichere“ Fortschritte im Völler-mord melden triumphierend die „Ordnungs“blätter. Das Neueste sind fahrende Panzerthürme, welche die Linie der Schützengräben zu verstärken haben. Jeder Thurm enthält eine Schnellfeuerkanone; das gewöhnliche Kaliber dieser ist 37 Millimeter, doch es giebt auch solche von 53 Millimeter. Die 37 Millimeter-Kanonen können Schrapnels auf 3400 Meter, die 53 Millimeter-Kanonen auf 5600 Meter schießen. Die Kanone schießt nach allen Richtungen. Man rechnet auf 30 bis 40 Schuß in der Minute. Wie glücklich sind wir in der Gewißheit, daß wir eventuell nach der besten Methode hin-geschachtet werden.

Das Züricher Arbeiterinnenschutzgesetz ist in letzter Woche vom Züricher Kantonsrath mit großer Mehrheit angenommen worden. Das Gesetz kommt wahrscheinlich im August vor die Volksabstimmung und zwar mit einer Weisung des Regierungsrathes. Dieses Gesetz ist ein bedeutender Fortschritt auf der Bahn des Arbeiterschutzes und Arbeitsrechtes und verdient, mit gewaltigem Mehr vom Volke angenommen zu werden.

Ein weiblicher Fabrik-Inspektor. Der englische Minister des Innern hat das Fräulein Adelaide Mary Anderson zur Fabrik-Inspektorin ernannt. Bei uns im Lande der „sozialen Gesetzgebung“ hapert es noch beim männlichen Inspektorat!

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

#### Bekanntmachung des Vorstandes.

Von der Zahlstelle Buxtehude wird uns mitgetheilt, daß der dortige Kassirer Wilh. Steinbach, Buch-Nr. 42974, sich unter Mitnahme des Kassenbestandes mit M. 12,13, 200 Stück Quittungsmarken und des Markenstempels heimlich von dort entfernt hat.

Wir ersuchen die Zahlstellenverwaltungen oder Mitglieder, wenn sie des Steinbach habhaft werden, denselben die bezeichneten Gegenstände, wie auch sein Mitgliedsbuch abzunehmen, oder, im Weigerungsfalle, der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Auch bitten wir, bei Betreffen des Steinbach in jedem Falle uns, wie auch dem Bevollmächtigten H. Wenderoth, Tischler in Buxtehude, Mittheilung zu machen.

Der Vorstand.  
Karl Klopß, erster Vorsitzender.

#### Bekanntmachung des Ausschusses.

Die Zahlstelle Gießen schloß das bisherige Mitglied Falkenheimer, Buch-Nr. 34 017, aus, wegen unrechtl. Handlungsweise dem Verbands gegenüber.

Ferner schloß die Zahlstelle Reine das bisherige Mitglied Sahn, Buch-Nr. 20 289, aus, weil derselbe durch Vorbiegelung falscher Thatfachen in verschiedenen Zahlstellen in Oldenburg und Hannover sich Geld zu verschaffen suchte, welche Handlungsweise Verbands und Mitglieder schädigte.

Die Zahlstelle Bremerhaven schloß die bisherigen Mitglieder Albrecht, Buch-Nr. 34 170, und Peter Schlichtmann, Buch-Nr. 30 818, wegen Streikbruchs aus.

Die Zahlstelle Heidelberg schloß das Mitglied Karl Alois Reithing wegen Unterschlagung von Verbandszetteln aus.

Der Ausschuss.

### Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Marne i. Vost. Am 8. Juli fand im Lokale des Herrn J. Petersen eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Jacobs aus Hamburg einen Vortrag über „Die wirtschaftliche Lage der Holzarbeiter“ hielt. Redner schildert eingehend in längeren Ausführungen, wie die wirtschaftliche Lage der Holzarbeiter sowohl als aller Arbeiter, infolge der heutigen kapitalistischen Produktionsweise, die mit Recht als eine archaische zu bezeichnen ist, seit einer Reihe von Jahren sich immer ungünstiger gestaltet. Die Arbeitsverhältnisse sind geradezu unhaltbar geworden, lange Arbeitszeit und möglichst recht niedrige Löhne sind die Auswüchse der heutigen Produktionsweise; durch beide Faktoren sucht der große wie der kleine Unternehmer bei der freien Konkurrenz aus seinen Arbeitsmitteln, den Arbeitern, möglichst recht großen Profit herauszuschlagen, ob das Wohlbefinden der Arbeiter und ihre Familie unter dieser Ausbeutung auf ein Niveau herabgedrückt wird, das menschenwürdig nicht mehr genannt werden kann, ist dem Arbeitgeber kaum gleichgültig. Letzteres kann sich derartige Geschäftspraktiken umsomehr erlauben, da es hierin von der sogenannten industriellen Reservearmee (Arbeitslosen) unterstützt wird. Auch die Kleinbetriebe haben, wie nicht anders zu erwarten, unter der heutigen technischen Entwicklung, die eine vollständige Umgestaltung der Arbeitsform zur Folge hat, sehr zu leiden; die Kleinbetriebe werden von den Großbetrieben immer mehr ausgegossen, und diesen Auffangsungsprozess zu verhindern sind selbst die Innungen mit ihren Bestrebungen nicht im Stande. Redner geht auf letztere etwas näher ein, jedoch glauben wir auf die Wiebergabe der Ausführungen verzichten zu können. Der Referent hob des Weiteren hervor, daß die Arbeiter seitens der Gesetzgebung so wenig wie von den Großkapitalisten, als die wirtschaftlich Starke, vorerst keine Besserung ihrer Lage durch gute Arbeiterschutzesetze zu erwarten hätten, es seien daher die Arbeiter auf sich selbst angewiesen, sie müßten sich zu einem Gange vereinigen, sich organisieren und als Holzarbeiter dem deutschen Holzarbeiterverbande anschließen durch Gründung einer Zahlstelle am Orte. Auf den Verband und dessen Satzungen des Längeren näher eingehend, fordert der Referent zum Schluß seines Vortrages die Anwesenden auf, dem Holzarbeiterverbande beizutreten. Nach dem beifällig angenommenen Vortrage fand eine Diskussion statt, in der sich alle Redner für Errichtung

einer Zahlstelle ausdrückten. Die Versammlung beschloß dementsprechend. Nachdem der Referent noch die Ausbeutung der Lehrlinge durch die Herren Innungsmeister illustriert hatte, schloß der Vorsitzende Roche die Versammlung mit einer begeisterten Ansprache und einem Hoch auf die internationale völkervereinende Arbeiterbewegung. Holzarbeiter von Marne und Umgegend, schließt Euch dem Verband an, bleibt nicht zurück, nur wenn Ihr einig seid, werdet Ihr für Euch und Eure Familie eine bessere Lebenshaltung erkämpfen können.

Münster i. W. Nach vieler Mühe ist es uns endlich gelungen, eine Verwaltungsstelle zu gründen. Vor einigen Wochen wollten wir bereits eine öffentliche Holzarbeiterversammlung abhalten, doch im letzten Augenblick glaubte der Wirth, seine Ruhe könnte dadurch gefährdet werden, weshalb er seine Einwilligung zurückzog. Doch alle Wirths sind noch nicht so nervös und so konnte die Versammlung endlich am 2. Juli stattfinden. Kollege Skomke aus Bielefeld hielt einen ausführlichen 1 1/2 stündigen Vortrag über: „Hand- und Maschinenbetrieb“. Die Versammlung, welche zur vollen Zufriedenheit verlief, war von 85 Personen besucht. Die Mitgliederzahl beträgt bereits 41.

Gotha. Viele Kollegen werden wohl denken, so schön hier die Gegend ist, seien auch die Arbeits- resp. Wohnverhältnisse. Weit gefehlt, denn was es heißt, bei einem Lohn von M. 12—18, letztere Summe wird aber in den seltensten Fällen erreicht, eine Familie mit mehreren Kindern zu ernähren, werden wohl Alle aus Erfahrung wissen. Dazu kommt nun noch, daß durch die in nächster Nähe gelegenen Bäderorte verschiedene Nahrungsmittel, wie Gemüse, Butter, Eier u. dergl. in hohem Preise stehen. Von unserer Zahlstelle können wir konstatieren, daß die Mitgliederzahl erfreulich zunimmt. Aber was sind 40 Mitglieder gegenüber einer Zahl von mehreren hundert hier beschäftigten Holzarbeitern! Auch hier haben sich sämtliche Gewerkschaften zusammengeschlossen und werden monatlich allgemeine Gewerkschaftsversammlungen abgehalten, in denen sehr interessante und lehrreiche Thematiken zur Verhandlung kommen. Aber leider sind auch diese Versammlungen nicht genügend besucht. In unserer letzten Mitgliederversammlung wurde Kollege Paul Schreiber, Rindlerstraße 20, an Stelle des abgereisten Kassirers gewählt, welches hiermit den reisenden Kollegen zur Nachricht diene. Hierauf nahm die Versammlung Stellung zu dem Artikel in Nr. 21 der „Holzarbeiter-Zeitung“ über: „Die Beseitigung der Akkordarbeit“. Wir erklären uns vollständig übereinstimmend mit diesem Artikel. Durch die Akkordarbeit wird unter den Arbeitern selbst eine Gehässigkeit erzeugt, weil Einer den Anderen zu überbieten sucht. Noch schlimmer zeigt sich das, wo Theilarbeit herrscht, z. B. in größeren Möbel- und Instrumentenmacherwerkstätten. Wehe dem Rattenmacher, wenn der Akkorder irgend einen Fehler entdeckt, er bringt ihn nicht in Ordnung, denn der Akkorder steht im Akkord, also braucht er die Fehler seines Vorarbeiters nicht gut zu machen und dieser hat dann den materiellen Schaden, der oft recht empfindlich ist. Es liegen sich dergl. Beispiele noch sehr viele aufzählen. Diese Uebelstände verschwinden, wenn Alle in einem Zeitlohn ständen. Die Gesundheit der Arbeiter, welche durch die Akkordschinderei untergraben wird, würde bedeutend gehoben, und die Reservearmee der Arbeitslosen auch erheblich vermindert werden. Allerdings wird die Beseitigung dieses Raubsystems große Schwierigkeiten machen, doch gerade deshalb muß jetzt mit der Forderung auf Beseitigung des Akkordsystems begonnen und ebenso eingetreten werden, wie für die Forderung des Achtstundentages. Wir halten es daher für unsere Pflicht, die anderen Zahlstellen zu ersuchen, den Artikel in ihren Versammlungen zu besprechen und Anträge zur Beseitigung des Akkordsystems auf einem Holzarbeiterkongresse oder Parteitage zu stellen. Denn nur dadurch, daß diese Frage aufgerollt wird, was unseres Erachtens nach sehr notwendig ist, kann etwas erzielt werden.

Gera. Am 8. Juli fand hier im „Goldenen Adler“ eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt. Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt-Berlin referirte über das Thema: Die arbeiterische Wirkung der Gewerkschaftsbewegung. Der Redner sprach zunächst über die Wandelbarkeit der Anschauungen von Moral und Sitte in den verschiedenen Zeitaltern. Im Alterthum wurde die Sklaverei als gerecht betrachtet und ihre Vertheidiger gehörten zu den geistig fortgeschrittenen Männern. Diese fühlten sich berufen, über die Sklaven zu herrschen, genau so, wie die Verfechter der heutigen Lohnsklaverei. Die Anschauungen über Moral und Sitte der herrschenden Klassen sind aber nicht die des modernen Proletariats; letzteres verlange die gängliche Beseitigung der Lohnsklaverei. Die Gewerkschaftsbewegung zerstört die Vorurtheile, welche die heutige Gesellschaft dem Menschen eingepflanzt hat als moralischen Stützpunkt der Ausbeutung. Daher ist es Sache der Sozialdemokraten, den indifferenten Arbeiter dahin zu bringen, den unterthänigen Sinn abzulegen und ihn zum denkenden Menschen zu machen. Von diesem Gesichtspunkt aus gelangen wir zur Sozialreform. Die Arbeitszeit muß aus folgenden Gründen verürzt werden: 1. aus humanitären, 2. aus gesundheitlichen und 3. aus sozialen. Aus den vorhandenen Schäden erkennen wir das Unnatürliche und Widerwärtige unserer Verhältnisse. Ist es etwa sittlich zu nennen, wenn ein Judasbrüder seinen Arbeiter vorreibt: Ihr dürft nur Das thun, was mir beliebt? Eine kurze Diskussion, welche im Sinne des Vortrages gehalten war, schloß sich hierauf an. Beim zweiten Punkt, „Verschiedenes“, wurde eine Anfrage eingereicht: „Ob es rathlich sei, Industrieverbände zu gründen?“ welche vom Referenten dahin beantwortet wurde, es komme dies auf die Arbeitsweise der einzelnen Branchen an, ob sie gegenseitig Fühlung hätten. Ferner wurden die Anwesenden ermahnt, sich über schlechte Verhältnisse in den Fabriken und Werkstätten, welche den gesetzlichen Bestimmungen zuwider laufen, dem Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells, J. Kaiser, wohnhaft in der „Altenroße“, zu übermitteln, damit sie dem hiesigen Fabrikinspektor unterbreitet werden können.

Reutlingen. Am 16. Juni tagte hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung mit der Tagesordnung: Die Lage der Holzarbeiter. Das Referat hatte Kollege Reil-Struttigart übernommen. Derselbe legte in klarer und verständlicher Weise dar, wie sich in den letzten 50 Jahren die Großindustrie entwickelt habe und wie infolgedessen das Kleinhandwerkertum immer mehr verdrängt wurde. Auf die Organisation eingehend, hob der Referent hervor, wie wir noch gegen Norddeutschland zurück sind, was uns aber um so mehr anporren müßte, für unseren Verband zu agitieren. Leider haben wir nicht bloß einen Feind, das Unternehmertum, zu bekämpfen, sondern auch die indifferenten Kollegen, welche uns hier noch viele Schwierigkeiten bereiten. Zur Heiterkeit der Versammlung ging der Referent noch an den Küchenzettel des Herrn Professors Pinze ein, welcher Wahlzeiten für 4 Personen zu 20—45 A. bereiten will. Der Re-

fessor habe aber vergessen, wo alle Schweinepfoten, welche er zu diesen Mahlzeiten empfiehlt, herkommen sollen und wer die Schweine verzehren soll. Die Versammlung war ziemlich gut besucht, jedoch von den hier über 250 am Orte beschäftigten Holzarbeitern nicht genügend. Die Möbelfabrik von Bruderhaus ist schwer für uns zu gewinnen, denn die daselbst beschäftigten Arbeiter besitzen einen zu großen Eigendünkel, trotzdem die Verhältnisse die denkbar schlechtesten sind. Der Lohn beträgt hier bei Kost und Logis M. 2—7 bei 11—12 stündiger Arbeitszeit.

Gießen. In unserer am 30. Juni stattgefundenen Mitgliederversammlung gab Kollege Trautvetter einen Bericht über „Die Lohnbewegung der Holzarbeiter in diesem Jahre“. Nach seinen Ausführungen haben in diesem Jahre 30 Streiks stattgefunden, davon entfallen 19 auf Deutschland und 11 auf das Ausland. Daß die meisten Streiks zu Ungunsten der Arbeiter verlaufen, komme daher, daß die indifferente Masse noch eine so große sei. Durch die sich immer mehr entwickelnde Technik werden Tausende von Arbeitern auf die Landstraße geworfen und diese fallen den kämpfenden Kollegen als Streikbrecher in den Rücken. Redner glaubt im Namen aller Kollegen den Streikenden seine Sympathie ausdrücken zu dürfen. Mit einem Appell an die Kollegen, recht thätig für die Organisation einzutreten und mehr des Streikfonds zu geben, schließt derselbe seinen Bericht. Die Versammlung beschäftigte sich ferner mit der am 16. Juli stattfindenden Konferenz der hessen-nassauischen Holzarbeiter. Kollege B o a stellt den Antrag, die Konferenz nicht zu beschicken, denn es sei doch immer wieder dieselbe Tagesordnung wie auf den früheren Konferenzen. Kollege Trautvetter glaubt, daß es zweckmäßig sei, die Konferenz zu beschicken und stellt einen Gegenantrag, welcher aber abgelehnt wird. Die Versammlung spricht sich weiter dahin aus, daß in Zukunft die vielen Konferenzen unterbleiben möchten, das Agitationscomité könne die Abrechnungen in unserem Organ veröffentlichen und die einzelnen Zahlstellen das Geld für die Beschickung der Konferenzen dem Streikfonds überwiesen. Die hiesigen Verhältnisse sind, wie auch an andern Orten, nicht die besten. Der Wochenlohn beträgt M. 10—14. Die Arbeiter vom Lande kommen des Morgens 2 Stunden weit her und arbeiten für jeden ihnen angebotenen Lohn. Wie genüßsam diese Kollegen sind, hat kürzlich einer von diesen „Landkollegen“ verrathen. Derselbe äußerte sich, daß er M. 15 verdiene und M. 4 für Kost (Kornbrot und Schmalz) und Logis gebrauche. Sonntags brauche er 60—80 A, manchmal auch garnichts. Die übrigen M. 10 werden jede Woche „gepart“. Wer erinnert sich da nicht an die Richter'sche Spar-Agnes?

Durlach. Im Nachstehenden wollen wir den Kollegen die herrlichen Zustände, welche in der Grizner'schen Nähmaschinenfabrik herrschen, unterbreiten. Obgleich die Fabrik im letzten Jahre mit einem Aktienkapital von einer Million Mark einen Reingewinn von M. 474 000 erzielte, also 47,4 pSt., wurden den Arbeitern in der Möbelfabrik 5—20 pSt. abgezogen. Doch die Geschäftsführer sind nicht allein für die Abzüge verantwortlich zu machen, sondern die Herren Reiter thun auch ihre Schuldigkeit, um bei den Prinzipalen gut angefahren zu stehen. Seit zehn Jahren sind die Akkordpreise um die Hälfte reduziert und außerdem müssen die Arbeiter jetzt die kleinen Rutzagen, wie Feilen, Glaspapier, Leimpinsel, Postkarten, Pinsel, Matte usw. selbst liefern. Kollegen! Wie lange wollt Ihr Euch diese Abzüge noch gefallen lassen? Bedenkt endlich, daß Ihr vereinigt der Ausbeutung machtlos gegenübersteht. Unsere Stärke liegt nur in der Vereinigung, und deshalb rufen wir Euch zu: schließt Euch der Organisation an. Unsere Versammlungen finden jeden Samstag nach dem Jahltag im „Dhjen“ statt.

Darmstadt. In der am 7. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde die zum 29. Juli für Hessen und Nassau einberufene Konferenz besprochen. Nach einer Einleitung dieses Punktes durch Kollegen Warm waren verschiedene Kollegen der Meinung, daß es der Kommission in Anbetracht der großen Ausdehnung des Bezirks unmöglich sei, denselben so zu bearbeiten, wie es zu wünschen wäre. Auch wurde getabelt, daß die Kommission den Bezirk eigenmächtig vergrößert habe. Einige Kollegen waren auch der Meinung, die Konferenz nicht zu beschicken. Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen: Die Konferenz wolle beschließen, den Bezirk nach der geographischen Lage in zwei Theile zu theilen. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, die Verwaltungsstellen dieses Bezirks möchten dieser Frage näher treten und ihre Delegirten demgemäß beauftragen. Als Delegirter wurde Kollege Warm einstimmig gewählt.

Eilenburg. Trozdem es von uns bis jetzt vermieden wurde, den Raum unserer Zeitung mit Versammlungsberichten anzufüllen, so halten wir es doch einmal für notwendig, öffentlich die Kollegen auf ihre traurige Lage aufmerksam zu machen. Wenn man sich den Besuch der letzten Versammlungen betrachtet, so könnte man glauben, Eilenburg sei ein wahres Paradies, ein Garten, wo nicht nur Milch und Honig fließt, sondern den Arbeitern die gebotenen Lauben nur so in den Mund fliegen, ohne daß auch nur ein Finger krumm gemacht zu werden braucht. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Lange Arbeitszeit, geringer Lohn und schlechte Behandlung. Kommt es doch nicht so selten vor, daß Kollegen mit M. 6 bis 8 zu Hause gehen müssen. Kann aber ein Arbeiter dafür seinem Körper die Nahrung zuführen, welche notwendig ist, um die verbrauchten Kräfte wieder zu erzeugen? Kollegen, denkt darüber nach und fragt Euch einmal, ob es nicht an der Zeit ist, daß wir uns zusammenschließen und gemeinsam für bessere Zustände kämpfen. Leider ist bei einer großen Mehrzahl unserer Mitglieder ebenfalls die Interesselosigkeit zu Tage getreten; glauben doch dieselben, wenn der Beitrag bezahlt ist, sei die Sache abgemacht. Dieses ist aber grundfalsch, und wir rufen Euch deshalb zu: Besucht die Versammlungen, denn nur durch gegenseitigen Meinungsaustausch können wir Belehrung und auch Nutzen ziehen. Darum, Kollegen, die Ihr uns noch fern steht, rufft Euch auf, tretet ein in die Organisation und helft die heutigen Zustände mit beseitigen. Laßt alle Reibereien bei Seite, dann werden wir auch dem Ziele, das sich die moderne Arbeiterbewegung gesetzt hat, näher kommen. Die Versammlungen finden jeden zweiten und letzten Sonnabend im Monat in Klinge's Lokal, Bahnhofstraße, statt.

Strudorf. Wie sich die Arbeiter an allen Orten von dem Druck der heutigen Wirtschaftslage zu befreien suchen, so ist auch in den Reihen der hiesigen Kollegen das Bewußtsein erwacht, an dem großen Kampf theilzunehmen und mitzuarbeiten an der Verbesserung unserer Lage, sowie an der Befreiung der Menschheit aus den kapitalistischen Fesseln. Auf Veranlassung der hiesigen Kollegen hatten sich vor einiger Zeit eine Anzahl Kollegen zu einem Kränzchen zusammengeschlossen

und dabei die erste Artung zur Gründung einer Zählstelle gemacht, welche in einer am 24. Juni stattgefundenen öffentlichen Holzarbeiterversammlung beschlossen wurde. In der ersten, am 7. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung war ein Kollege aus Pärth anwesend, welcher uns verschiedene Anleitungen gab, so daß Alles in bester Stimmung von Statten ging. Vorläufig haben sich 14 Kollegen annehmen lassen, doch hoffen wir, in kurzer Zeit den größten Theil der Kollegen am hiesigen Orte in unseren Reihen zu haben. Auch bei uns wird die Parole lauten: „Vorwärts! Das recht und schone Niemand.“

**Letztes.** Am Sonnabend, den 30. Juni, fand hier eine von ca. 300 Personen besuchte öffentliche Holzarbeiterversammlung statt. Kollege Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt-Berlin sprach über das Thema: „Warum sind die Arbeiter unzufrieden?“ und führte ungefähr Folgendes aus: Die Unzufriedenheit gipfelt in der Begehrlichkeit der Massen, die denselben gleich einem Unkraut mehr oder weniger anhafte. Gerade die letzte Zeit sei Menge vieler Beispiele, welche beweisen, daß gerade in den Kreisen des Junkertums die größte Unzufriedenheit vorhanden sei. Während in den Arbeiterkreisen die Begehrlichkeit eine Folge des Strebens nach den notwendigen Nahrungsmitteln ist, geht diese bei den bestehenden Klassen nur von dem Grundsatze aus: „Mehr Profit“. Aber auch Grund zur Unzufriedenheit habe der Kleinrentner, der Mittelstand, welcher stets Gefahr läuft, von der Konkurrenz der technisch sich immer mehr vervollkommnenden Maschinenbetriebe erdrückt zu werden. Doch einigen weiteren Ausführungen schloß der Referent seinen Vortrag mit der Aufforderung, lebhaft in die Agitation einzutreten. Der Vorsitzende, Kollege Wolf, ging noch auf die sogenannten Wohlfahtsvereine ein, welche nicht im Stande seien, die Stimmung der Arbeiterbewegung anzuhalten. Nachdem noch die Zustände in der Werkstätte des Dr. Stolle kritisch beleuchtet wurden, forderte der Vorsitzende noch zur lebhaftesten Unterstützung der Streikliste auf, worauf eine im Sinne des Vortrages abgefaßte Resolution einstimmig angenommen wurde.

**Wagen i. S.** In einer am 30. Juni abgehaltenen, sehr gut besuchten öffentlichen Holzarbeiterversammlung referierte Kollege Franz Meißner-Deitzig über das Thema „Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie.“ Der Referent führte aus, daß unter den jetzigen sich immer mehr zuspitzenden wirtschaftlichen Verhältnissen die politische und die gewerkschaftliche Organisation notwendig seien, welches derselbe an mehreren Beispielen darlegte. Redner ermahnte zum Schluß die Anwesenden, sich der Gewerkschaftsbewegung anzuschließen, indem dieselbe die Fortschritte der politischen Bewegung sei. In einer darauffolgenden Debatte wurden auch die Verhältnisse in der hiesigen Möbelfabrik von J. Streil besprochen. Es wurden Zustände vorgebracht, die man für kaum glaublich halten sollte. Die in Nummer 23 der „Holzarbeiter-Zeitung“ angeführten Anklagen wurden eher noch zu hoch, als zu niedrig bezeichnet. Der Streik der Kollegen in diesem Eldorado für die Arbeiter ist ein so außerordentlich großer, daß man selten einmal die Kollegen kennen lernt. Auch ist an eine Aenderung der dort herrschenden Zustände nicht früher zu denken, bis sich die regelmäßig in Lohn Arbeitenden, der sogenannten alte Stamm, anstufen und Schulten an Schulten mit den übrigen Kollegen Front gegen eine solche maßlose Ausbeutung machen. Doch damit wird es wohl noch nicht gehen. Diese Holz-Kollegen sitzen warm und müde im Holz. Der Egoismus hat bereits zu tiefen Wurzeln bei denselben gefaßt. Kollege Reich sprach, diese Angelegenheit der Leipziger Agitationskommission zu unterbreiten, da Wagen mit zu diesem Beginn gehört. Derselbe betonte, daß diese Zustände unter keinen Umständen weiter bestehen dürfen und nichts unversucht gelassen werden solle, um denselben Remede zu schaffen. Kollege Deutschlands, hielten den Bezug nach dieser Fabrik her, damit diesem Herrn durch zu großes Arbeiterangebot der Lohn nicht noch mehr sinkt. Ihr habt unvorsichtiger Ursache hier, indem diese Fabrik an vielen Orten Deutschlands ihre Werk mit mancher Bemühung hergeleiteten Möbel verfertigt und die größte Schwanzschwanz hier, fangen doch die hiesigen kleinen Meister an, sich auf die niedrigen Löhne, welche Herr Streil seinen Arbeitern bietet, zu beziehen, was diesem Herrn sehr ein geschändetes Gesicht ist. Den Kollegen rufen wir zu: organisiert Euch, richtet jeden Schwänzer auf, dann wird es auch möglich sein, solche elende Zustände zu beseitigen.

**Verband deutscher Holzmacher.**

**Kollegen!**

Am 30. Juni wurde einem Theil der Bremer Kollegen ein Schreiben vom 10. Juni eingehend. In Anbetracht der sehr jetzt schlechten Lohnverhältnisse, sind dieselben aber nicht gewillt, sich dieses gefallen zu lassen, auch werden die übrigen Arbeiter sehr bald diesem Beschlusse folgen. Die Kollegen haben deshalb beschlossen, falls die Lohnreduktion nicht zurückgenommen wird, am Sonnabend, den 14. Juli, die Arbeit einzustellen. Wir fordern deshalb die Kollegen auf, den Bezug nach Bremen Freitag zurückzuführen, damit die Kollegen zum Siege gelangen.

Zugleich machen wir darauf aufmerksam, daß unser Leitungs- u. Schriftf. Dienststelle 7, 10, Sammelstellen zu obigen Zweck an die Beschäftigten unserer Zählstelle sendet, und sind die damit gesammelten Gelder sobald als möglich an obige Adresse einzuliefern.

Der Verband deutscher Holzmacher hat über die Verhältnisse der Holz-, Schmalz-, Schmiedemacher, Eisen (Schwarz), die Gewerkschaften, und findet die deutschen Kollegen, dort keine Arbeit zu nehmen. Der Verband.

**Korrespondenzen.**

**Bremen.** Am 26. Juni tagte im Saale des Herrn Meißner in 1. Kolonnen eine öffentliche Holzarbeiterversammlung, die sich von der Tagesordnung: „Entlassung der am angeführten Anknüpfung in der Holzfabrik Meißner“, beschäftigte. Kollege Reichmann hielt den Ausschuss mit, daß die Kollegen, Herr Meißner, ihnen einen Antrag von 3 1/2 Proz. mehr Gehalt anzufordern habe und in der Meinung, daß sich in Anbetracht der schlechten Verhältnisse und der einen bedeutend niedrigeren Lohn zu verdienen nicht möglich sei. In dem Saale der mit folgenden Rede auch ein dringender Antrag angenommen: „Eine Lohnkommission von drei Mitgliedern zu wählen, welche sich mit dem betreffenden Arbeitgeber in Verhandlung zu setzen hat und das Verhalten der Holzarbeiter in der

Betheiligten in einer späteren öffentlichen Versammlung mitzuteilen.“ Nach Wahl der Lohnkommission wurde die Versammlung geschlossen. In der darauffolgenden Versammlung erhielt zur Berichterstattung in der Holzfabrik Lohnangelegenheit Kollege W. das Wort. Derselbe führte ungefähr Folgendes aus: Der Kommission sei es gelungen, Herrn Barre zu bewegen, seinen Leuten den bisherigen Lohn weiter zu bezahlen und sei solches durch Handschlag seitens der Kommissionsmitglieder und des Herrn Barre, mit der Versicherung, daß jetzt Friede sei, bekräftigt worden. Leider verfolge Herr Barre, der ja auch anwesend sei, den Wunsch eines gegebenen Wortes nicht zu würdigen, oder aber derselbe wolle keine übliche Ausnahme von anderen Selbstschändlichen machen, denn nachdem die Verhandlungen der Kommission am Dienstag stattgefunden und dieselbe seitens des Herrn Barre die größten Friedensbetreibungen empfing, habe Herr Barre sich nicht erbötigt, am folgenden Sonnabend seinen Leuten anzukündigen, daß er den tarifmäßigen Lohn nur noch 14 Tage zahlen würde. Redner weiß sich nun nicht zu erklären, wie er dieses Gebahren mit dem gegebenen Wort des betreffenden Herrn in Einklang zu bringen vermag. Er theilt dann des Ferneren mit, daß er persönlich in der Holzfabrik Meißner gewesen sei und könne in Anbetracht der schlechten Verhältnisse sich nicht erklären, wie es überhaupt möglich sei, daß die betreffenden Arbeiter bei einem derartigen Stoff noch existenzfähig wären und bittet die beteiligten Personen, sich die Lohnreduktion reiflich zu überlegen. Sie würden, falls sie den Preis annehmen, den übrigen Kollegen zu demselben verhelfen, sich eine gleiche Lohnreduktion gefallen zu lassen, und das Resultat würde sein, daß wir die bisherige zehnstündige Arbeitszeit opfern müßten. Zum Schluß ersucht Redner die Kollegen, sich zusammenzuhalten und fordert Herrn Barre auf, sich über die Sache zu äußern. Herr Barre hielt dieses aber wahrscheinlich nicht für nötig und verschwand aus der Versammlung. Die Kollegen der Holzfabrik Meißner haben sich dahin ausgesprochen, noch 14 Tage zu arbeiten und dann die Arbeit niederzulegen. Ferner beschloß die Versammlung, falls Herr Barre die Lohnreduktion nicht zurücknehmen würde, in den Streik einzutreten und beantragte die Lohnkommission, zur festgesetzten Zeit eine Versammlung einzuberufen, wo das Nähere erörtert werden soll.

**Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.**

Der Zimmererstreik in Danzig ist vorläufig beendet. Aus Danzig wird dem „Zimmerer“ darüber geschrieben: Daß der Streik, der sieben und eine halbe Woche so energisch geführt worden ist, ein so zweifelhaftes Ende nehmen würde, hat selbst hier kein Mensch vermuthet. Die Sache ist kurz die: Am Mittwoch, den 27. Juni, tagte eine Versammlung der Streikenden, die, wie bisher alle, sehr gut besucht war. Die Lohnkommission beantragte in dieser Versammlung, daß man auf das Unterschreiben der Meißner verzichten möchte, damit die Arbeit da aufgenommen werden könne, wo sich die Meister bereit erklären, 28 1/2 Stundenlohn zu zahlen. Die Versammlung lehnte diesen Antrag mit 137 gegen etwa 34 Stimmen ab und bestand auf der Unterschrift. Gleich nach der Versammlung gingen aber, wie es scheint, lediglich auf Veranlassung des hiesigen „Allgemeinen“ 25 Mann zu arbeiten an, und dieses bewirkte geradezu Panik. Die nächste Folge hiervon war eine unbeschreibliche Wuth, die sich unter den anderen Kameraden fühlbar machte, und das kann nicht verwundern. Dann gewann aber die kalte Ueberlegung wieder die Oberhand und die Versammlung beschloß, einen Waffenstillstand einzutreten zu lassen. Die Lohnkommission soll bestehen bleiben und nach Bedarf Versammlungen veranstalten, die dann über das Weitere zu beschließen haben.

Am Donnerstag waren die meisten Kameraden in Arbeit, nur die Lohnkommission und eine größere Anzahl älterer Kameraden haben solche noch nicht. Letztere scheint man übrigens nicht wieder einstellen zu wollen, das Raub ist ihnen aus den Knochen herausgelaut und nun wirt man sie wie ausgepreßte Zitronen auf's Flaster. In dieser Beziehung sind die Janungmeister bekanntlich groß.

Beachtenswert ist vielleicht noch, daß ein Meister zu den zurückbleibenden Meistern äußerte: „Sorgen Sie nur gleich an, es thut nöthig, wären Sie noch acht Tage ausgeblieben, dann hätten wir Alle unterschreiben müssen; denn ein Bezug von Auswärts glauben wir nicht mehr.“ Ein Anderer versicherte, daß ihm durch den Streik A. 20 000 verlorsten gegangen seien, was in Anbetracht der guthabemessenen Meistergehälter, die hier von den Meistern bezogen werden, sehr wohl zu glauben ist. Vielleicht haben gerade diese Auslassungen bei den hiesigen Allgemeinen Sentimentalität erzeugt, oder — nicht?

Ueber den Glasmacher-Ausstand in Oldenburg orakelt das Antisemitblattchen, die „Hannoversche Post“, wie folgt: „Die Ausständigen haben im Ganzen keine Sympathien im Publikum, da die Bevölkerung die Berechtigung der Maßnahmen der Direktion anerkennt, umso mehr, als der Lohn der Glasmacher ein sehr guter zu nennen ist; verdienen doch Meister und Obermeister ein Jahresgehalt von A. 2400—3000.“

Heiliger Wepomann! Als der Lohn der Glasmacher ist ein guter zu nennen, weil Meister und Obermeister ein Jahresgehalt von A. 2400—3000 beziehen!

Nun, wir sind bereits gewohnt, von den Verfechtern des Ungerechten in Arbeiterfragen den hässlichsten Blödsinn zu hören, und sind nun so eher geneigt, dies zu unterschätzen, als wir uns nahe den Handtagen befinden.

Der Bürger Schuhmacher-Zweig ist zu berichten, daß derselbe in ein neues Stadium getreten ist. Nach den bekannten Einigungsbedingungen des Verbandsmanns F. d. G. hat ein Theil der Arbeiter die Thätigkeit wieder aufgenommen. Inwieweit das Verhalten des Bed. d. demals zu Verhandlungen und Ueberzeugung unter den Streikenden beigetragen, vermögen wir gegenwärtig nicht festzustellen, jedoch darf nicht unerwähnt bleiben, daß Herr F. d. G. als er sah, daß sein Verbandsmann seitens der Fabrikanten mißbraucht worden war, sofort wieder energisch für die Streikenden eingetreten ist. — Der einzigen Lager hat nun Herr F. d. G. seinen 30-jährigen Geburtstag unter großen Umständen gefeiert, wobei seine Arbeiter (Streikender) mit Freuden wie traktirt wurden. Auch hat Herr F. d. G. einen Antrag, einen Verein seiner Arbeiter zu gründen, wahr gemacht. A. 3000 hat er sofort beigekümmert und außerdem verprochen, jedes Jahr A. 1000 Zuschuß zu geben. Der sogenannte freie „Verein“ wird natürlich vollständig abhängig von ihm sein. — Die Zahl der gegenwärtig noch streikenden Arbeiter beträgt ca. 200, die immer noch hoffen, in einigen Wochen, wenn die

Saison beginnen wird, eingestellt zu werden. Um bis zu dieser Zeit auszuhalten zu können, ersuchen die Streikenden, die Sammlungen fortzusetzen und zu senden an W. W. igt, Burg, Unterw. Hagen.

Der Berliner Bierhoylott vor dem Gewerbegericht. Am vorigen Donnerstag Mittag fand unter der Leitung des ersten Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Herrn Magistrats-Assessor von Schuk, eine Besprechung über die Frage statt, unter welchen Voraussetzungen an eine Beendigung des Hoylotts zu denken sein möchte. An der Besprechung nahmen Theil die Genossen Singer, Franke und Hilbert, sowie der Brauereibesitzer Hoppolt und der Brauereidirektor Köfide. Vor Eintritt in die Besprechung wurde konstatiert, daß die Initiative zu den Verhandlungen weder von den Arbeitern noch von dem Brauereiverein, sondern von dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts ausgegangen ist. Dann wurde von den Vertretern beider beteiligten Parteien die gegenseitige Legitimation zur Führung von Verhandlungen anerkannt, obschon die von dem Gewerbegericht vorgeschriebene Form nicht erfüllt ist. Man ging jedoch von der Ansicht aus, daß es mehr darauf ankomme, den Sinn der Vorschriften über das im Gesetz vorgesehene Einigungsamt zu erfüllen, als starr an der vorgeschriebenen Form festzuhalten. Letzteres sei schon um deswillen unthunlich, weil es sich hier nicht um die eventuelle Beilegung eines Streits, sondern um die Aufhebung eines weit über die Kreise des Braugewerbes hinausgehenden Kampfmittels handle. Hierauf gaben die Herren vom Brauereiverein die Erklärung ab, daß ihr Verein sich nicht etwa infolge finanzieller Schädigung der Brauereien oder aus sonstigen durch den Hoylott herbeigeführten Schwierigkeiten zu Verhandlungen bereit erklärt habe, sondern daß ihn hierzu nur die Rücksicht auf die entlassenen Arbeiter und die durch den Hoylott hart getroffenen Gastwirthe geleitet hat. Für unsere Genossen wurde eine ähnliche Erklärung abgegeben, in der betont wurde, daß die Arbeiterschaft Berlins kein Interesse daran hat, den Hoylott länger zu führen, als zur Erreichung ihrer Forderungen nothwendig ist.

Beide Seiten behielten ihren Auftraggebern die endgültige Beschlußfassung über die Bedingungen einer etwaigen Aufhebung des Hoylotts vor, erklärten in den Verhandlungen sich nur ihre persönliche Ansicht auszusprechen und verwahrten sich ausdrücklich dagegen, daß ihre Äußerungen als verbindlich für die von ihnen vertretene Streitgruppe anzusehen seien.

Außerdem wurde von beiden Seiten festgestellt, daß die heutige Zusammenkunft nur den Charakter einer Vorbesprechung trage, während die eigentlichen Verhandlungen vor dem Einigungsamt stattzufinden hätten.

Unter diesen Voraussetzungen erfolgte nun eine mehrstündige Besprechung, in welcher die Ursache des Hoylotts je nach dem Standpunkte des Redners nach allen Richtungen hin eingehend erörtert wurde.

Die Vertreter des Vereins behaupteten, zu der Entlassung der Arbeiter durch das passive Verhalten der Gewerkschaftskommission und der politischen Partei bezüglich des Hoylotts über die Rixdorfer Brauerei gezwungen gewesen zu sein. Die Vertreter der Arbeiterschaft dagegen betonten energisch, daß die durch nichts gerechtfertigte und eine Provokation der Arbeiter darstellende Maßregelung am 15. Mai die Ursache des Hoylotts gewesen ist. In dieser langen Erörterung wurden auch andere Fragen, wie z. B. die Thätigkeit einzelner Personen, die eigentliche Ursache der Entlassungen, der etwa vorhandene Einfluß der Berliner Partei auf Rixdorf, die voraussichtlichen Wirkungen des Hoylotts u. s. w., sowie auch die eventuellen Bedingungen der Aufhebung besprochen. Naturgemäß äußerten sich die Redner über den letzten Punkt sehr reservirt. Von Seiten der Vertreter der Arbeiterschaft wurde als Vorbedingung für die Möglichkeit einer Verhandlung die Zurücknahme der Maßregelungen verlangt und außerdem selbstverständlich an den bekannten übrigen Forderungen festgehalten. Die Einstellung der entlassenen Arbeiter in ihre früheren Stellungen, Anerkennung der Organisation sowie des Arbeitsnachweises müsse unbedingt stattfinden; nur dann ließe sich an eine erfolgreiche Verhandlung denken, bei der dann über die weiteren Punkte verhandelt werden könnte. Die Feststellung des „status quo“, d. h. der vor dem Hoylott stattgehabten Verhältnisse, müsse als Grundlage genommen werden, sonst hätten die Verhandlungen überhaupt keinen Zweck. Hierauf erwiderten die Vertreter der Brauereien, davon könne keine Rede sein; die WiederEinstellung aller entlassenen Arbeiter sei schon um deswillen nicht möglich, weil keine Arbeit für dieselben vorhanden sei. Der Arbeitsnachweis, wie er jetzt — nach Aufhebung des gemeinsamen Arbeitsnachweises — bestehe, sei für die Brauereien unannehmbar. Gegen die Anerkennung der Organisation der Arbeiter dagegen bestehen keine Bedenken. Derselbe sei von den Arbeitgebern des Braugewerbes übrigens stets erfolgt.

Nach Ansicht des Redners sei das einzig mögliche Zugeständnis, was die Arbeitgeber machen könnten, das Versprechen, bei eintretendem Bedarf an Arbeitern die Entlassenen möglichst zu berücksichtigen. Nach diesen Auseinandersetzungen mußte man sich überzeugen, daß es keinen Zweck haben würde, dieser Vorbesprechung weitere Verhandlungen vor dem eigentlichen Einigungsamt folgen zu lassen, da die Grundlage für die Möglichkeit einer Verständigung fehlt. Der Vorsitzende verlagte daher die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit, indem er die Hoffnung und den Wunsch ausdrückte, daß es bald zu einer Einigung kommen möge.

Die Brauerei-Arbeiter Warmens haben von verschiedenen Brauereien im Verhältnis zu früher zum Theil recht annehmbarer Zugeständnisse gemacht erhalten. Einige bewilligten sämtliche Forderungen; in anderen wurde die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt und A. 25 Wochenlohn bewilligt; der Sonntag wird in den meisten Brauereien freigegeben.

Die Zahl der in Braunschweig ausgesperrten Brauer beträgt nach der Angabe des „Vollstreckers“ im ganzen 343 Mann. Davon waren anfangs 221 zu unterstützen, jetzt noch 133 Mann. Von den zu Unterstützten sind 85 beheimathet. Die Zahl ihrer Kinder beträgt 150.

Das Braunschweiger Gewerkschaftsblatt beschloß die Aufnahme einer permanenten Arbeitslosenkommission. Die Ausführung ist den einzelnen im Parteil vertretene Berufsorganisationen überlassen. Um ein möglichst vollständiges Ergebnis zu erzielen, sollen die Zentralstellenvorstände ersucht werden, die bei ihnen anwesenden Centralstellenangehörigen anzuzeigen. Die Unterstützung der Fragebogen und wohl auch die Zusammenstellung

des von den Berufsorganisationen gewonnenen Materials ist einer vom Kartell ernannten dreigliedrigen Kommission übertragen.

Der Streit der Wiener Bildhauer ist noch immer nicht zu Ende; ein großer Theil der Meister hat jedoch bereits bewilligt. — Zugut ist noch auf das Strengste zu vermeiden und sollten Bildhauer auf keinerlei Inzerate hin Arbeit in Wien annehmen, sondern nur an den Nachweis der Gehilfen, V. Schloßgasse 2, sich halten.

Im englischen Schneidergewerbe droht nach der Londoner Allgemeinen Korrespondenz ein Mißverhältnis auszubrechen. Der Generalsekretär des internationalen Gewerkschaftsbundes der Schneider und Presser, Dennis Hyatt, erklärte, es dürfte vielleicht ein halbe Million Menschen beider Geschlechter sich an dem Streit beteiligen. Der Hauptzweck sei, die Arbeitszeit einheitlich zu regeln.

Vom schottischen Bergarbeiterstreik lauten die neuesten Nachrichten: Die Zahl der Arbeiter, die infolge des Kohlengräberstreiks in den anderen Industriezweigen beschäftigungslos geworden, betrug am Sonnabend gegen 60 000, also mit den 65 000 Ausständigen zusammen 125 000. Nur 6000 Kohlengräber sind noch an der Arbeit. Die Streiker haben bei allen Gruben, wo noch gearbeitet wird, sogenannte "Pickets" aufgestellt, die theilweise aus Frauen bestehen, welche die Arbeiter zur Einstellung der Arbeit veranlassen sollen. Zur Vermeidung von Skandalen befindet sich in der Nähe von solchen "Pickets" (Wachen) jedes Mal eine Abtheilung von theilweise berittenen Polizisten. Die Ausständigen erhalten 8 Schill. pro Mann und Woche und jedes Kind 1 Schill. extra. Der Bergarbeiterverband von Großbritannien, welchem ungefähr 30 000 von den Ausständigen angehören, will den bisherigen Unterstützungsbeitrag um 6 Pence pro Mann und Woche erhöhen. Andererseits unterstützen die englischen Grubenbesitzer ihre schottischen Kollegen durch Subsidien. Die englischen Grubenbesitzer beabsichtigen, eine Lohnreduktion von 20 pCt. einzuführen; die englischen Bergleute befürchten daher, daß, wenn ihre schottischen Kollegen gezwungen werden, sich eine Lohnreduktion von 1 Schill. pro Tag gefallen zu lassen, auch die englischen Grubenbesitzer sofort mit einer Lohnreduktion bei der Hand sein werden.

Die Löhne der Bergarbeiter betragen jetzt: in Schottland 5 Schill. pro Tag; in Durham 7 Schill. pro Tag (bei 7 1/2 stündiger Arbeit); in Yorkshire und Wales 7 Schill. bei 8 stündiger Arbeit; in Nottinghamshire und Lancashire 7 Schill. bei 8 1/2 stündiger Arbeit; in Derbyshire 6 1/2 Schill. bei 8 1/2 stündiger Arbeit; in Northumberland 6 1/2 bis 6 3/4 Schill. bei 7 1/2 stündiger Arbeit; in Cumberland 6 Schill. für 8 Stunden.

Mit den freireisenden Bäckergehilfen in Lissabon, so weit sie Ausländer sind, macht die portugiesische Regierung kurzen Prozeß. Die "Köln. Btg." berichtet: Nahezu 300 spanische Bäckergehilfen, die sich an dem großen Bäckerausstand in Lissabon beteiligten, sind von den portugiesischen Behörden aufgegriffen, an Bord des Transportschiffes Africa geschafft und nach Lissabon abgeschoben worden.

**Berichts-Chronik.**

**Dresdener Malfeier-Prozeß.** Die Sozialdemokraten Dresdens hatten beschlossen, am 1. Mai einen Umzug durch die Stadt zu veranstalten, die Polizeidirektion verbietet jedoch denselben. Erpöckern sollen sich an dem genannten Tage etwa 6000—8000 Personen an einem Umzuge theilnehmen, haben sich von der Weiserstraße nach dem böhmischen Bahnhof und von hier aus nach Bötzen bewegt. Darauf wurde gegen eine große Anzahl von Personen von der Staatsanwaltschaft Anklage erhoben; die Polizeidirektion sei berechtigt gewesen, auf Grund des § 12 des Vereinsgesetzes bei der "bringenden Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit" alle öffentlichen Umzüge und Massenparaden zu verbieten und die Theilnehmer hätten sich daher strafbar gemacht, zumal sie auch Verkehrsstörungen verursacht und somit gegen die Dresdener Verkehrsordnung verstoßen hätten. Am Mittwoch fand die erste Verhandlung in dieser Angelegenheit gegen 50 der Uebeltäter, unter welchen sich drei Frauen befanden, statt. Sämmtliche Angeklagte behaupteten, sie seien nur spazieren gegangen, von einem Umzuge könne keine Rede sein; Einige von ihnen erklärten, sie hätten das Haus am 1. Mai überhaupt nicht verlassen. Dagegen bezeugten die Polizeibeamten, daß ein Umzug wirklich stattgefunden habe; allerdings schänkte der Polizeikommissar Unger seine Aussage dahin ein, daß es sich nicht um einen geschlossenen Zug gehandelt habe, es seien vielmehr unregelmäßig, bald größere, bald kleinere Erpöckern gewesen. Das Schöffengericht war der Meinung, daß durch die Beweisaufnahme der Inhalt der Anklage bestätigt worden sei und verurtheilte die Buchdruckerbesitzer Schönlund und Huening, den Kaufmann Malisch und den Tischler Hellwede zu je 2 Monaten Gefängniß, 42 Angeklagte zu je 100 Geldstrafe eventuell 1 Monat Gefängniß. Die Frau eines Restaurateurs und ein Arbeiter wurden freigesprochen. In den weiteren Verhandlungen werden noch mehr als 100 andere Angeklagte abgeurtheilt werden.

**Stieritz Aussträger der "Sächs. Arbeiterzeitung"** wurden zu je 40 Geldstrafe verurtheilt, einer in Berücksichtigung seiner Jugend nur zu 16. Die betreffende Nummer (eine Agitations- und Probenummer) enthält an der Spitze die Aufforderung, kein Waldschloßwendner zu trinken, und da in dieser Aufforderung großer Unflath erblickt wurde, so sollen dieselben auch die Aussträger verurtheilt haben. Das Urtheil imputirt den Angeklagten die Kenntniß des Inhaltes der betreffenden Nummer und das Bewußtsein der Strafbarkeit. Da sie nur für diesen Tag die Ausstragung übernommen, hätten sie nur die Pflicht haben können, den betreffenden Auftrag zu verbreiten.

**Preßfreiheit, Redakteur, Expedient und Buchdruckerbesitzer des Berliner "Sozialist"** wurden bekanntlich am 11. Mai d. J. wegen "öffentlicher Verleumdung zu Gewaltthätigkeiten" zu enorm hohen Strafen (Redakteur Rest zu 8, Redakteur Reinhardt zu 6 Monaten, Expedient Löber zu 100, Buchdruckerbesitzer Grunau zu 1 1/2 Jahren Gefängniß) verurtheilt, weil die Kriminalpolizei eine auf rothem Papier gedruckte Nummer zum 18. März 1894 vor Verleumdung derselben abgesetzt hatte. In der Nummer waren wesentlich nur einige Reminiscenzen aus 1848 enthalten. Die Höhe der Strafe wurde dadurch begründet, daß die Strafgatten begangen seien, um die Erinnerung an die Märztage

von 1848 wachzurufen. Grunau wurde als Mitthäter bestraft, obwohl ihm nicht nachgewiesen wurde, daß er auch nur eine Zeile geschrieben hatte. Das Reichsgericht verwarf vor einigen Tagen die Revision Grunau's, indem es den bekannten, vom Reichsgericht als richtig hingestellten Grundsatze wiederholte, daß auch der Verleger der Zeitung für deren Inhalt haftbar gemacht werden könne. — "Preßfreiheit" heißt im bürgerlichen Sinne: die Presse ist vogelfrei.

**Der Hochverraths-Prozeß** vor dem Prager Ausnahmegerichtshof ist am Donnerstag zu Ende geführt worden. Die beiden 18jährigen Matysel und Kolesco und der 18jährige Schütz wurden alle Drei des Hochverraths und der Majestätsbeleidigung u. für schuldig befunden und die beiden Ersteren zu zwölfjährigem, der Letztere zu dreizehnmönatlichem Kerker verurtheilt. Der Letztere bezeichnete sich selbst als Polkeispögel. Ob er wohl deshalb so viel billiger davon gekommen ist?

**Entschädigungs-Forderungen** auf Grund der Einbehaltung des Krankentagegeldes seien keine Forderungen aus dem Arbeitsverhältnis und für sie das Gewerbegericht nicht zuständig. So hat das Gewerbegericht häufig entschieden, nachdem es anfangs eine andere Praxis übte. Nach einem kurz vor Pfingsten gefällten Urtheile schien es, als sollten denen, die solche Forderungen haben, die Pforten des Gewerbegerichts wieder geöffnet werden. Diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen. Das Gericht hat seitdem wiederholt ausgesprochen, daß es für die Entscheidung der erwähnten Forderungen unzuständig sei. Der Arbeiter L., dem das Krankentagegeld von dem Maurermeister Gröbner nach der Entlassung mehrere Tage vorenthalten worden war und der deshalb während dieser Zeit keine neue Arbeit bekommen hatte, glaubte, daß ihm das Gewerbegericht auf seinen Antrag M. 49 als Entschädigung zubilligen würde. Er wurde jedoch abgewiesen. Das ist auch diesmal mit der Unzuständigkeit des Gerichts begründet. Sie soll besonders daraus hervorgehen, daß der § 3 des Gewerbegerichts-Gesetzes, der die von den Gewerbegerichten abzuurtheilenden Streitigkeiten aufzählt, solche wie die vorliegende nicht erwähnt. Betont wurde in der Begründung auch, die Vorenthaltung des Tagesgeldes sei ein Akt, der zeitlich erst nach der Beendigung des Arbeitsverhältnisses erfolge, er habe also auch in dieser Hinsicht mit dem Arbeitsverhältnis an sich nichts zu thun. Wenn der Kläger durch die nicht rechtzeitige Uebergabe des Krankentagegeldes wirklich geschädigt wurde, gehörte der hieraus erwachsende Anspruch als zivilrechtlicher vor das Amtsgericht.

**Technisches.**

Die sich an den Fensterscheiben innen niederlagende Feuchtigkeit, der sogenannte Fensterschweiß, bildet eine große Unannehmlichkeit, indem er an den Scheiben herabrinne die Fensterränder beschmutzt, den Firnis erweicht und die Holzstäbe mürbe macht. Diesem vorzubeugen, trifft E. Freund in Goresfeld eine recht zweckmäßige Einrichtung, indem er die Glascheiben nur oben und an den Seiten einlittet, die untere Kante derselben aber durch einen nach außen gebogenen Zinkblechstreifen säumt, während die entsprechende Fläche des Fensterrahmens ebenfalls mit Zink beschlagen ist, wobei zwischen diesem Beschlag und der untersten Scheibenkante ein Raum von einigen Millimetern verbleibt, so daß das condensirte Wasser durch diesen Schlit nach außen austreten kann. Das Zinkblech an der Scheibe schneidet sich so dicht an den Beschlag des Fensterrahmens an, daß Zugluft nicht entstehen kann. (Mitgetheilt vom Patent- und technischen Bureau von Richard Liders, Görlitz.)

**Agitationskommission für Hessen und Nassau.**

An der am 29. Juli in Frankfurt stattfindenden Konferenz werden alle Zahlstellen ersucht, sich zu beteiligen. Solche, denen es allein nicht möglich ist, einen Delegirten zu entsenden, wollen sich zu diesem Zwecke mit anderen Zahlstellen in Verbindung setzen.

Die Delegirten sind mit einem von der Ortsverwaltung auszustellenden Mandat zu versehen. Die Kosten für die Delegation haben die Zahlstellen zu übernehmen. Anträge zur Konferenz können vorher an uns eingekandt, oder auch in derselben von den Delegirten selbst eingebracht werden. Bei allen Anträgen, die sich auf die Agitation beziehen, wolle man die Beschlässe der vorjährigen Konferenz zur Grundlage nehmen, sofern nicht ein neuer Entwurf eingebracht wird. Jene Beschlässe lauten:

- 1. Zur Verbreitung der Agitation in dem Bezirke Hessen und Nassau wird eine Kommission ernannt. Dieselbe hat ihren Sitz in Frankfurt.
- 2. Die Kommission hat die Aufgabe: a) für die Mitgliederverfammlungen der zum Bezirke gehörigen Zahlstellen auf Ersuchen derselben Referenten zu bejorgen; b) in Orten, wo Kollegen in genügender Anzahl vorhanden sind, aber Zahlstellen nicht bestehen, solche zu gründen. In diesem Zwecke wird der Bezirk in kleinere Eintheilung, mit den größeren Zahlstellen als Centralpunkte.
- 3. Die Zahlstellen haben die Verpflichtung, die Kommission finanziell zu unterstützen. Die Höhe des Beitrages legt die Konferenz fest. Ferner haben die Zahlstellen eine Person zu bestimmen, die mit der Agitationskommission in steter Verbindung bleibt, sowie über die Verhältnisse am Orte und die Nothwendigkeit öffentlicher Versammlungen Mittheilung macht. Ebenso sollen die Zahlstellen ihre regelmäßigen Mitgliederversammlungen der Kommission anzeigen.
- 4. Die Kosten dieser Agitation hat die Kommission zu bestreiten. Die Einnahmen derselben setzen sich aus 1. den Beiträgen der Zahlstellen und 2. freiwilligen Beiträgen zusammen. Bis auf Weiteres sollen die Zahlstellen 5 1/2 pro Mitglied und Quartal entrichten.

Die Delegirten wollen am 29. Juli pünktlich 8 Uhr Morgens zur Stelle sein; Alle, auch die Sonntag Abend Kommenden, bemühen sich nach dem "Rebstock", Krugasse 4. Die Kommission.

**Quittung.**

Im Mai und Juni sind für Inzerate von den Verwaltungen folgende Beträge eingegangen aus: Pöschappel M. —, 40, Erlangen 1,96, Wilhelmshafen —, 80, Hamburg —, 80, Greiz 1,30, Heilbronn —, 70, Pösch —, 70, Lauenburg 1,80, Meerane 1,65, Duisburg —, 70, Jülich 2, Stuttgart

1,20, Dranienburg 1, Ansbach 1, Cottbus 1,80, Lübeck 2,25, Wittenberge —, 60, Osterode 1, Northelm 1,50, Düsseldorf 2,50. An Abonnements beträgen sind eingegangen aus: Aufsig (H.) M. 1,97, Pitz (Gewerkschaft der Tischler) 5,76, Ehrenbreitenstein (Sch.) 1, Luzern (Holzarbeitergewerkschaft) 8, Bafel (H.) 2,60, Aufsig (Fachverein der Holzarbeiter) 1,96, Eke (H.) 1,80, Berlin (H.) 4,80, Lausanne (H.) 10, Landskrona (H.) 2,80, Dombirn (H.) 1,14.

Die Expedition der "Holzarbeiter-Btg."

**Quittung.**

An die Streikkommission der Schreiner in Paris (Schweiz) sind vom 20. April bis 2. Juli aus dem Ausland folgende Gelder eingegangen:

Vom Gewerkschaftskartell in Straßburg (8 Maten) Fred. 26,75, Arbeiter-Bildungsschule in Berlin 24,62, Sozial. Leseverein S. in München 12,50, Sozial. Leseverein in Reichenhall 10,—, Scandinavischer Verein in Dresden 14,30, Leipziger Gewerkschaftskartell 128,14, Kollege Ott in Wiberach (Württemberg) 8,75, von den Sozialdemokraten in Inowrazlaw 3,81, durch Kollegen Gustav in Wernigerode 1,84, Berliner Fachverein der Tischler 37,50, von der Bahnhalle des Deutschen Holzarbeiterverbandes in München 125,—, Ems 3,—, Hanau 24,62, Ebersfeld 31, Pagen 30,78, Mülhausen i. E. 28,75, Meier-Hammer 9, Augsburg 37, Straßburg 7,50, Schramberg 9, Breslau 87, Ludwigshurg 12,30, Saarbrücken 17,23, Neusfalza a. D. 7,88, Dortmund 24,78, Pflingen 19, Flensburg 63, Freiburg i. Br. 45,80, Frankenthal (Pfalz) 28, Straßburg 20, Freiberg (Sachsen) 18,80, Bwidau 12,30, Bärzel (Thürg.) 21,58, Trebbin 11,18, Arnstadt 7, Reulentroba 18,46, Rawitzsch 9,47, Rosenheim 10,40, Nibdorf 24,62, Wilhelmshurg 16,85, Siade 16,36, Berlin (Kobalverein W.) 98,75, Koburg 18,5, Ueberlingen 6, Anklam 8,61, Steinau a. D. 7,13, Reiborf 22,9, Forst i. S. 18,46, Kirchheim u. T. 8,67, Cöthen 12,50, Neu-Stuppin 12,30, Straßburg 17,23, St. Lubwig i. E. 5,50, Helmstedt 7,88, Apenrade 24,62, Radeberg 20,56, Furtwangen 10, Fulda 10, Cüstrin 7,25, Belber 17,23, Schwerin 10, Altenburg 36, Frankfurt a. D. 24,62, Döbeln 30,78, Bamberg 12,30, Meerane 37,42, Cöpenick 14, Rendsburg 11,68, Schwelm 15,19, Parchim 12,50, Bochum 22,15, Schweidnitz 7,88, Ebersfeld 87, Wintzen 31, Straßburg 9, Schwiebus 12, Crimmitschau 45,98, Furtwangen (2. Rate) 14, Uelzen 8, Karlsruhe 27, Friedrichshagen 84,28, Culin 26, Dargitz 61,56, Liegnitz 33,9, Nordhause 10,80, Neumünster 45, Ebersbach 6,2, Ulm 27, Laage (Zippe) 21,47, Leipzig 125, Gotha 18, Ludwigshafen 30, Biberich 18, Apolda 8,18, vom Vorstand des Holzarbeiterverbandes Stuttgart-Bohne (sechs Maten) 1750, von den Tischlern Danemarks (2 Maten) 140, von den Tischlern Jansbrück 10,8, von Paris (Boudin) 5,50, Summa Fr. 4184,48.

Für das internationale Solidaritätsgefühl bestens dankend, mit Brudergruß  
Paris, 2. Juli 1894.

Friedrich Wsk. Streikkassirer.

**Literarisches.**

**Der Sozialdemokrat**, Central-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, Beuthstraße 2). Zu beziehen durch alle Zeitungs- und Buchhandlungen. Das Abonnement beträgt durch die Post oder in Berlin durch die Zeitungs- und Buchhandlungen pro Quartal M. 1,20, unter Kreuzband M. 1,80.

Die Nr. 28 vom 5. Juli ist hauptsächlich den Auseinandersetzungen mit der anarchistischen Bewegung gewidmet und hat folgenden Inhalt: Wochenchau. — Sozialdemokratische Presstitimmen zum Hyoner Aitentat: Ausland, Jaland. — Aus Holland. — Christlicher Anarchismus. — Parteinachrichten.

Wochenchau: Anarchismus und Sozialismus. IV. — Dr. Wille's Philosophie der Bewegung. — Gewerkschaftliches. — Literatur.

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, J. G. B. Diez) Verlag ist soeben das 40. Heft des 12. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Die Vorgänge in Frankreich. — Mann und Weib. Von Dr. G. H. Adams-Walther. (Schluß). — Auf nach Washington! Von G. H. Wehn. — Briefe aus England. — Notizen: Wie soll auf den internationalen Arbeiterkongressen abgestimmt werden? Zur Bettler- und Bagaubendenfrage. — Feuilleton: Von Unten nach Oben. Eine Novelle von Karoline. Frei nach dem Russischen.

**Sozialpolitisches Zentralblatt.** Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Karl Lehmann's Verlag, Berlin W., Bauerstraße 44. Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 2,50. Einzelnummern 20 1/2. Erschienen ist Nr. 41, 3. Jahrgang.

Von dem Buche von Friedrich Engels "Der Herr Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft" ist soeben die dritte durchgesehene Auflage erschienen. (Verlag von J. G. B. Diez in Stuttgart, Preis brosch. M. 2,50, gebd. M. 3,—.) Dasselbe enthält bekanntlich eine vernichtende Kritik der von Dühring (1875) im Gegensatz zu Marx aufgestellten angeblichen neuen sozialistischen Theorie, und ist ein Meisterstück wissenschaftlich-philosophischer Dialektik. — Was der neuen Auflage besonders Interesse verleihet, ist der Umstand, daß das Kapitel "Aus der kritischen Geschichte", welches in allem Wesentlichen von Marx herrührt und selbständige Entwicklungen aus der Geschichte der Dekonomie enthält, in seiner ersten, für einen Journalartikel bestimmten Fassung aber bedeutend gekürzt war, nunmehr möglichst vollständig und wörtlich wiedergegeben ist.

Der in seinem 19. Jahrgang vorliegende Neue Welt-Kalender für 1895, Preis 50 Pf. (Hamburg, Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co., auch zu beziehen von J. G. B. Diez in Stuttgart) enthält u. A.: — Kalenderium. — Volksleben u. — Gleichheits-Kalender. — Trübsal- und Glücks-Kalender. — Statistisches. Das Nachstehende der deutschen Sozialdemokratie. — Rückblick. — Rassen und Rärte. — Im Kreislauf des Jahres. — So oder so! Von Heinrich Wertz (mit Illustrationen). — Der große englische Bergmannsstreik (mit Illustrationen). — Die 12

Donner. Von Oswald Köhler (mit Illustrationen). — Drei Tage in den Kasematten von Maffatt. Von Wilhelm Diebknacht. — Die Jahreszeiten. Gedicht. — Befiegt, nicht überwunden. Erzählung von Robert Schweichel (mit Illustrationen). — Lermontow. Mit Gedicht. — Das Erbinnere. Von Dr. H. Lug. — Die Erscheinungen auf der Sonne und ihre physische Beschaffenheit. Von Franz Heymann. — Sommermorgen. Gedicht von Joh. Goerges. — Neue Ausgrabungen in Pompeji (mit Illustration). — Die Wiedererwacher. Von Wilhelm Bloß. — Elektrisches Schmieden. Von Dr. H. Lug. — Carl Wilhelm Lohse. (Mit Porträt). — Die Fee vom Tiefen Keller. Eine Geschichte aus dem alten Hamburg (mit Illustrationen). — Epigramme. Von Goethe. — Fliegende Blätter. — Krebs, Koffelsprung, Rätsel etc. — Niedervertilgungstabelle. — Hierzu vier Kupfer: Die Mehrenleferin — Die Delegierten der Bergleute bei der Konferenz im Auswärtigen Amt in

London — Die Bergelichen — Die Klatschschwestern. — Ein farbiges Bild: Der Forscher an der Wand, hört seine eigne Schand'. — Ein Wandlaler.

### Briefkasten.

**Meerane.** Wenn Sie sich bei der Abchiedsfeier der zwei Kollegen und bei der Einweihung des Verkehrslokals amüsiert haben, so gönnen wir Ihnen dieses, doch können wir darin kein allgemeines Interesse erblicken, weshalb wir die Aufnahme des Berichts verweigern müssen. Falls Sie sich in der nächsten Versammlung mit den „Eingeländts“ beschäftigen, so senden Sie uns darüber einen ausführlichen Bericht ein.  
**Friedrichshagen.** Vergnügungsberichte können wir nicht aufnehmen.  
**Eilenburg.** Wir haben keine Annonce erhalten.

**Bretten.** Ihr Bericht enthält eine ganze Anzahl Belegungen und müssen wir Sie deshalb ersuchen, uns einige Zeugen anzugeben, welche eventuell vor Gericht die Anschuldigungen bekräftigen können.  
**Mürnberg.** Mundstabs-Hobelmaschinen liefert: Girsch & Co., Berlin N., 65.  
**Wilhelmshaven, 99.** Mannsfeld, Grüner Fäger, Altona. Kiel, 64. Wenn wir Ihnen rathen sollen, so fallen Sie auf den Schwindel nicht hinein, sondern behalten Ihr Geld in der Tasche.  
**Finstertalbe.** Ausgelegte Fourniere erhalten Sie bei Boose, Pulvertich 11, Hamburg. Frage 2 werden wir in der nächsten Nummer beantworten.  
**Doberan.** Beim Fournieren sind die Zinzulagen mit Fett, Schmalz etc. einzureiben. — Der Bericht muß bis zur nächsten Nummer zurückbleiben.

### Berichtungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 Pfg.)

**Altona.** Am Dienstag, den 17. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, bei Ebler, Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Bericht vom Gewerkschaftsstell. 3. Fragekasten. 4. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

**Braunschweig.** Am Sonnabend, den 21. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im „Rheinischen Hof“, Wendenstraße 45.

**Dresden.** Am Dienstag, den 17. Juli, Abends 1/9 Uhr. Halbjährliche Hauptversammlung des Holzarbeitervereins im „Bürgerhaus“, Altmarkt 8, 1. Tagesordnung: 1. Bericht der Verwaltung. 2. Anträge der Mitglieder. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

**Eilenburg.** Am Sonnabend, den 14. d. M. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

**Walldorf.** Unsere Versammlungen finden regelmäßig des Sonnabends vor dem 1. und 15. jeden Monats im „Frauenheims Restaurant“, Niedermarkt, statt. Die Reiseunterstützung zahlt Arthur Seibt, Bahnhofstr. 75, ans.

**Wandsbek.** Am Dienstag, den 17. Juli, bei Dörnte. Tagesordnung: 1. Bericht. 2. Abrechnung vom 2. Quartal. 3. Bericht vom Kartell. 4. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

### Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstag Vormittag in unseren Händen sein.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Hof i. S. Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß sich unser Verkehrslokal nach Jentzschberge im „Deutschen Hof“ befindet und ersuchen wir die Kollegen, nur dort zu verkehren. Josef Frötschel, Betschlin, Schloßplatz 8.

### Aufforderung.

Der Schreiner Ludwig Schirmer, geb. den 25. August 1868 zu Landau (Pfalz), wird von seinem Vater wegen Familienverhältnisse gesucht. Die Kollegen und Genossen werden gebeten, dieses demselben oder mit dessen Adresse umgeben mitzuteilen.

Joseph Schirmer, Schreiner, der Adr.: Joseph Strasser, Grabengasse 19, Frankfurt a. M.

### Aufforderung.

Kollege Reinhardt Reichelt, theile mir umgehend Deine Adresse mit, da ich Dir eine wichtige Mitteilung zu machen habe.

Fried. Schneider, Fietzstr. 12.

### Ausruj.

Der Tischler Heinrich Jung wird hiermit ersucht, seine Adresse umgehend an uns zu senden. Kollegen, welche den Auftraher desselben kennen, bitten wir, diesen auszusprechen. Zahlstelle Verleberg.

### Dringende Bitte!

Bewohnungsstellen oder Kollegen, welche im Besitz von Land-, Grund- oder Kammergerichts-Erbenscheinen sind, wonach auf Grund der Gewerkschaftsordnung die Einziehung ausgeschrieben ist, wenn vorher keine Veräußerung stattgefunden haben, werden ersucht, sich sofort an uns zu wenden, um die Einziehung zu verhindern. Die Rückzahlung erfolgt umgehend und nach Satz und sonstige Anträge werden.

Hans Weise, Bevollmächtigter, G. u. L. B., Altonaerstraße 22a.

### Erklärung.

Die dem Tischler L. Böhligmann zugehörige Bedienung nehmen wir hiermit zurück. Leipzig, den 21. Juni 1894. H. Böhligmann, L. Schirmer.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Peine.

Am Sonntag, den 22. Juli, findet unser 2. Stiftungsfest

im Saale des Herrn Raue statt.

Alle Mitglieder der umliegenden Zahlstellen sind hierzu freundlichst eingeladen.

[M. 1,65] Die Lokalverwaltung.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Hof i. S.

Am Sonnabend, den 21. Juli, Abends 8 Uhr,

### Erstes Stiftungsfest mit Ball

im Saale der Löwengrube.

Die Mitglieder der umliegenden Zahlstellen, sowie am Orte, sind hierzu freundlichst eingeladen.

Das Fest-Comité.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Wolgast.

Am Sonnabend, den 21. Juli, im

Salale des Herrn Sprunke:

### Sommerfest,

bestehend in

Konzert, Theater und Ball.

Anfang 8 Uhr Abends.

Das Comité.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Braunschweig.

Am Sonntag, den 22. Juli:

### Stiftungsfest,

bestehend in

Theater, Konzert und Tanz,

im „Hoffäger“.

NB. Die Kollegen aus den umliegenden Zahlstellen sind hiermit freundlichst eingeladen.

Das Comité.

### Ein Korbmachergeselle

wird sofort gesucht auf grüne Matt-Arbeit. Louis Wiegmann, Elze (Hannover).

Ein junger, verheiratheter, intelligenter Schreiner-Werkmeister,

welcher gute Referenzen und langjähr. Stellung anzuweisen hat, wünscht in eine Bau- oder Möbel-Fabrik einzutreten. Gest. Offerten unter F. B. an die Exped. d. Bl.

### Ein Tischler,

welcher sich unter denkbar günstigen Verhältnissen verändern oder selbstständig machen will, findet in einem großen Dorfe bei Dippoldiswalde i. S. Gelegenheit, eine Wohnung mit Werkstätte, in welcher schon mit Erfolg Tischlerei betrieben wurde, sofort zu wachen. Auf Wunsch wird auch ein großer Obst- und Gemüsegarten mit in Recht gegeben (auch verhuft). Näheres bei

Cuno Stöbe, Pirna, Schloßstr. 3.

### Reisende gesucht.

Sie einen sehr gangbaren Artikel für Tischler, Baummeister usw. werden ausschließlich hierfür bei hoher Provision Reisende gesucht.

Person, welche in diesen Gewerbetrieben eingeführt sind, werden bevorzugt.

Offerten unter C. B. M. No. 10000 an G. L. Danne & Co., Leipzig, erbeten.

Danz J. Schern, Nürnberg, u. alle Buchhandlungen zu beziehen:

### Schern's Reise-Handbuch für wandernde Arbeiter.

Mit einer Eisenbahnkarte und zwei Orientirungs-Strassen-Karten. Ueber 2000 Hoffnungen. Geb. 1/20 Bogen 10 1/2. Vertrieben in der Exped. d. Bl.

Vorkursus: **Anhalt-Bauschule Zerbst** Wintersemester: 5. November. **Tischler,** sowie Fachschule für Eisenbahn-, Strassen- und Wasserbau-techniker. Beseprüfung vor Staats-Prüfungs-Commiss. Kostenfreie Aukunft durch die Direction.

# Paul Horn, Hamburg

Fabrik chemischer Produkte.  
Comptoir: Hamburg, Admiralitätsstrasse No. 23.  
Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39.

- Paul Horn's** Mattpräparate (als: Mattino, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
- Paul Horn's** Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
- Paul Horn's** wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
- Paul Horn's** Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
- Paul Horn's** Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
- Paul Horn's** Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
- Paul Horn's** Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
- Paul Horn's** Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
- Paul Horn's** diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
- Paul Horn** liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
- Paul Horn** ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“
- Paul Horn** erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
- Paul Horn** besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
- Paul Horn** sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
- Paul Horn** effektuirte im Jahre 1893 8624 Aufträge.
- Paul Horn** versendet Preisbücher gratis und franko.

### Ein großer Posten

ausgezeichneter Holz, als: Kiefern, Eichen, Weibbuche und Eichen, in Brettern und Pfosten geschnitten, jahrelang auf Lager, fast ganz afrein, steht zum Verkauf bei G. Rutsche in Finsterwalde N.-L.

### Verpachtung.

Mechanische Dampftischlerei und Sägerei, Schrotmühle und Dampfdreschanlage unter ausserordentlich günstigen Bedingungen baldigst zu verpachten. — Da die Ernte vor der Thür, sind für energische Persönlichkeit gute Aussichten für ein vorzügliches Geschäft vorhanden. Offert. sub J. E. 5233 an Rudolf Mosse, Berlin SW., erbeten.

### Achtung! Holzarbeiter!

Allen Mitgliedern des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, welche sich auf der Reise befinden, theile ich mit, daß sich das Verkehrslokal sowie Herberge seit Anfang Mai d. Jz. bei mir, Rosenstraße 37, Hamburg, befindet. Gut ventilirte Schlafzimmern mit Betten 1. Qualität stehen den sich auf der Reise befindenden Kollegen zum Preise von 30 M zur Verfügung. Gleichzeitig empfehle ich allen am Ort anwesenden Holzarbeitern meine neu renovirte Gastwirtschaft.

Bestes Lagerbier à Seidel 10 M, sowie Speisen zu mäßigen Preisen bei prompter Bedienung bestens empfohlen.

Ebenfalls empfehle ich meine auf's Schönste decorirten Säle zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten.

Achtungswoll  
Adolf Sidi,  
Hamburg, Rosenstraße 37.

### Wasserkraft.

in einer süddeutschen Stadt, 8 Minuten vom Bahnhof entfernt, ist ein dreistündiges neues Anwesen mit sperrdiger Wasserkraft, Arbeitsrälen, 14 Zimmern, 2 Küchen, 2 Kellern, Scheuer, Stallung, großem Hofraum und Garten für M. 32 000 zu verkaufen. Anzahlung M. 6000. Offerten an E. Otto jr., Billingen (Baden).

### Mein Zeichen-Bureau für Bau- und Möbeltischlerei

- liefert:
- I. Entwürfe und Details in Blei (Handarbeit) nach eingesandten Rissen und beliebiger Angabe.
  - II. 1 Vorlagewerk, praktische Entwürfe für die Bautischlerei. 30 Tafeln in neuer 3. Auflage. M. 12.
  - III. 1 Vorlagewerk, praktische und einfache Entwürfe für die Möbeltischlerei. 4. neue Auflage, 32 Tafeln. M. 10.
- Gewissenhafte und durchaus praktische Kalkulations-Auszüge, sowie eine Anleitung, wie Tischlerarbeit überhaupt kalkulirt werden muß, wird jedem Werke beigelegt.
- Ernst Rettelbusch,**  
f. B. prakt. Tischler, Zeichner und Werkführer, technisches Bureau für Tischlerarbeiten, Nürnberg, Burgschweidstr. 19.

Unserer heutigen Auflage liegt ein Prospekt des Herrn Heinrich Glaser, Hamburg, betr. Spezialität: Leim in Tafel-, Blätter- und Pulverform, bei, auf welchen wir unsere Leser hiermit aufmerksam machen.

Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.